

1

Die
Unrechtmässigkeit
der
Säcularisirungen

als
A n t w o r t
auf des Hrn. Drs. und Professors Weifse
Schrift:
Ueber die Säcularisationen deutscher
geistlicher ReichsLänder &c.

Bayer. Staats-
Bibliothek
München

Philalethopolis. 1799.

Vicit ergo Hannibalem non populus
Romanus toties caesus fugatusque, sed sena-
tus Carthagenensis obtrectatione atque invidia:
neque hac deformitate reditus mei tam P.
Scipio exultabit atque efferet sese, quam
Hanno, qui domum nostram, quando alia re
non potuit, ruina Carthaginiis oppressit.

TIT. LIVIUS L. XXX. 20.

Wer machet uns ein Manifest? — Diese Frage Friedrich's an Maria Theresia und Katharina, womit ihn der Verfasser des Gespräches zwischen diesen höchsten Personen über die Theilung Pohlens anheben läßt, schallet mir immer als Echo wieder, so oft ich eine der Schriften lese, welche für die Säcularisirung verfertigt sind. Wenn man es gleich als eine oft unwillkürliche Huldigung an die Tugend, und als ein Zeichen der gestiegenen Menschenveredlung ansehen darf, daß man es immer für nöthig findet, wenigstens die Maske der Gerechtigkeit sich vorzuhalten, um sich nicht um alle Ehre bey seinen Zeitgenossen zu bringen; so gewinnet doch darum der Mann nicht, und sinket oft desto tiefer bey uns, der sich

hergibt, diese Maske zu verfertigen, und einen Farbmischer des Wahren und Falschen zu machen.

In Rücksicht der Säcularisirung hat man bereits die verunglückten Versuche, welche für ältere Zeiten gut genug waren, sie aus der Bibel mit den Sprüchen: — Mein Reich ist nicht von dieser Welt; — So jemand unter euch gewaltig seyn will, der sey euer Diener; — Niemand, der die Sache Gottes betreibt, verwickelt sich in weltliche Geschäfte, — zu erweisen. Auch hat man eingesehen, daß das positive Recht hier nicht zu gebrauchen ist. Man hat seinen StandPunct höher genommen, und mit einem unseres Zeitalters würdigen Aufzuge sich an die Vernunft selbst gewendet, aber zu geschwinde geglaubt, mit etlichen Formeln die gesuchte Sache abthun zu können. Vielleicht daß der Verfasser der Schrift: die Vernunft fordert Säcularisationen, eben darum desto plumper auffällt,

fällt, weil er seinen Flug eilend und allzu hoch begann. — Wirklich fällt er gar mit der Thüre in das Haus; denn er will nicht nur die FürstenBischöfe, sondern die Religion selbst aus allen Staaten gebannt wissen. Ihm ist der Verfasser der Schrift: die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht, — nach Würde begegnet.

Aber siehe da auf einmahl einen neuen Schriftsteller, welcher sich nennet, und die Sache mit mehr Feinheit und Mäßigung angreift, Hr. Dr. Weifse, Professor zu Leipzig, über die Säcularisationen deutscher geistlicher ReichsLänder in Rücksicht auf Geschichte und StaatsRecht. Auch er unternimmt es, die Rechtmäßigkeit der Säcularisirungen aus VernunftGründen darzuthun. Ich werde dieß Unternehmen in Kürze prüfen, und eile nur, da er gerade in den Händen des lesenden Publicums ist, mit ihm zusammen zu treffen.

Der

Der ganze Gehalt seines Werkes liefert sehr wenig, was zur Frage des Rechtes gezogen werden könnte. Der grösste Theil seines Werkes beschäftigt sich mit der Geschichte der Säcularisirung, welche den ersten Theil ausmachet, und mit den rechtlichen Folgen der Säcularisirung, welche den letzten abgibt, zwischen welche der zweyte Theil, die Rechts-Frage auf einem schmalen Platze zusammen gedrängt wird. Das heisst, Hr. W. saget uns als GeschichtForscher zuerst, wie gierig man über ein Taufend Jahre nach geistlichen Gütern griff, und entscheidet zuletzt als Jurist, wie man bey der Einziehung geistlicher Länder, deren Rechtmässigkeit er erwiesen zu haben glaubet, so rechtsförmig als möglich zu verfahren habe, um wenigstens die Ausübung nicht so schreyend zu machen.

Im ersten Puncte gibt er eigentlich eine Uebersicht aller Prozesse gegen geistliche Güter und Länder, welche oft sehr glücklich ab executione anfangen: — im zweyten spricht er selbst

selbst das Urtheil über geistliche StiftsLänder
 so kurz ab, wie ein militärisches Gericht: —
 und im dritten gibt er nur die Methode an,
 die geistlichen Stifter des Guillotine-Todes
 sterben zu lassen, um den Interessenten die
 Schmerzen abzukürzen. Der geschichtliche
 Theil mag für manche sehr einladend seyn.
 Die Liebhaber geistlicher Güter und Länder
 finden einen grossen Haufen ihres Gleichen
 von den räuberischen Königen Frankreichs an
 bis auf die fränkische Republik. Allein es gibt
 Leute, denen ein solcher Haufe trefflich zu
 Statten kommt. Die Gewalt des *Criterii*
externi auf Ueberzeugung ist für manche Seele,
 wie jüngst erst Kant in seiner Anthropologie
 gezeigt hat, gar nothwendig, wenn gleich
 im vorliegenden Falle weder die instinctartigen
 Räubereyen des Mittelalters, noch die schwär-
 merischen Grundsätze gewisser Reformatoren,
 welche die Unterhaltung der Geistlichen nur
 dem guten Willen des Volkes überliessen, noch
 die Austheilung geistlicher Länder beym West-
 phälischen Frieden Nachahmung verdienten,
 oder

oder für den gegenwärtigen Fall passend wären. Wer wird sich wohl zur ersten Klasse bekennen wollen? Zur zweyten, welche von religiösen Grundsätzen ausging, passet unser ZeitGeist zu wenig. Wenn man die Bibel begrüßet, ist es doch nur *κατ' ἀνθρώπων*. Und wenn doch von den Principien der Reformatoren die Rede war, hätte nicht der Geschichtsforscher neben dem schwelgerischen Reichtume des Klerus den bettelhaften Zustand, in welchen der protestantische Klerus gerieth, und welcher dem Luther selbst Seufzer kostete, — (Sie gehen herum, wie die dürren Geister, sagte er,) mitbeschreiben sollen? Auch waren dieß guten Theils uneigentliche Säcularisirungen, d. h. Wegnahmen geistlicher Güter, aber nicht Wegnahmen geistlicher Staaten, wovon da hauptsächlich die Rede ist: und wenn Luther auch für das letzte sorgte, und der Westphälische Friede seine Vorschläge zur förmlichen Ausführung brachte; so gehöret dieß wieder nicht hierher, wo die Rede davon ist, ob man Katholiken
ihre

ihre geistlichen LandesFürsten nehmen, und, ohne ihren Willen eingeholt zu haben, ihnen weltliche aufdringen solle. Denn bekanntlich wollten damahls die grössten Theils zur Reformation übergegangenen Unterthanen keine FürstenBischöfe mehr. Und wenn denn doch Hr. Weisse eine Geschichte der Säcularisirungen geben wollte, warum machet er sie zur Hauptsache? Denn da er von 196 Seiten seines Werkes derselben 155 einräumet, oder ihr das Verhältniß zu der rechtlichen Abhandlung beynahe wie 5 zu 1 gibt; so scheint er jener bey weitem mehr Bedeutenheit zu geben. Wenn man nun noch erwäget, daß von dem noch übrigen kirchlichen Theile der Rechts-Abhandlung bey weitem der grössere Raum den rechtlichen Folgen, oder der sanftesten Methode der Vertheilung in Bezug auf Rechtlichkeit gewidmet ist, so, daß von 196 Seiten, — schreibe hundert sechs und neunzig Seiten in Octav — nicht mehr als elf Seiten auf die eigentliche RechtsFrage: ob man geistliche Länder einziehen dürfe, — verbraucht werden; so

so muß man gestehen, daß Hr. W. bey der Gröſſe seines Apparates sehr wenig schrieb, wie wenn es recht sichtbar werden sollte, daß die Rechts-Sache das unbedeutendste Ding von der Welt sey.

Doch vielleicht stehet die Wichtigkeit dieses Theiles im umgekehrten Verhältnisse mit der Kleinheit des Buches? oder ist hier Taktik der Ueberredungskunst, welche die schwächsten Theile in die Mitte stecket? Wirklich sieht die lange GeschichtsAbhandlung einem Zulaufe gleich, welchen man um so länger machet, je weiter der Graben ist, den man gern überspringen möchte: und der letzte Theil, der juridische Plane enthält, wie man bey der Ausführung der Säcularisirung sich in alle RechtsFormen zu schmiegen habe, um nur etwa noch gerecht, oder gar großmüthig zu scheinen, wenn man auch noch so ungerecht wäre, was ist er anders als eine Parfümerie, dem üblen Geruche des mittleren Abschnittes entgegen gesetzt!

Ich hoffe also keine unzweckmäßige Arbeit zu übernehmen, wenn ich Hrn. Weisse als Historiker und politischen Juristen stehen lasse, um mich mit ihm als RechtsPhilosophen zu unterhalten, und ich fürchte wohl noch, so kurz diese Schrift scheinen mag, gegen das, was an ihm widerlegbar ist, noch zu lange zu seyn. Nur vergeblich dürfte es scheinen, den RechtsPunct zum einzigen Gegenstande der Prüfung der Weisseischen Schrift zu machen, welche nur darum denselben extensive und intensive zur NebenSache gemacht zu haben scheint, weil er glaubet, der Ausführung der Säcularisirung so sicher zu seyn, daß es ihm zweckmäßiger schien, mehr von dem zu reden, was immer geschah, als was geschehen sollte, — mehr davon, wie politisch-juristisch die Unterdrückung der geistlichen Staaten anzusehen sey, als ob es nur gerecht sey, daran zu denken. Gleichwohl werde ich, was ich für ungerecht halte, laut ungerecht nennen. Ich werde am Platze des Lammes, bey aller Voraussicht, daß ich zerrissen werden würde,

würde, meinem mächtigen Gegner, welcher kein Recht kennet, als seine Zähne, die Inconsequenz der Anklage, daß ich ihm das Wasser trübe gemacht habe, unter das Angesicht hinhalten, wenn es auch gegen alle Scham gehärtet, unter der RechtsSchminke eines ManifestMachers über meine Unmacht sich hohnlächelnd verzöge. Man ist sich dieß um so mehr schuldig, weil man allzu geneigt seyn dürfte, das Schweigen für einen Beweis der Einstimmung des katholischen Publicums in die SäcularisirungsProjecte zu halten (S. 164), um erst einen haltbaren RechtsGrund der Säcularisirung, dessen man allzu sehr bedarf, zu finden. — Ich hebe also den zweyten Abschnitt von den rechtlichen Grundsätzen in Ansehung der Säcularisirung geistlicher ReichsLänder aus dem ganzen Werke heraus, um dem Verfasser Schritt vor Schritt zu folgen, und den RechtsGrundsatz selbst, dann die Anwendung davon, und zuletzt die Auflösung der Einwürfe gegen beyde näher zu prüfen.

I. RechtsGrundsatz für die Säcularisirung.

Hr. Weisse erkennet es selbst S. 150. §. V., die rechtlichen Grundsätze in Ansehung der Säcularisation könnten nicht aus dem positiven Rechte geschöpft werden, sondern nur aus dem allgemeinen StaatsRechte und aus der Natur der Sache, d. h. aus dem natürlichen StaatsRechte. — Nun haben schon Andere so viel gesehen, daß die souveräne Gewalt des deutschen Staates die Befugniß nicht habe, einen geistlichen Staat als solchen aufzuheben. Beyde Verfasser, so wohl der, welcher die Säcularisation als VernunftForderung aufstellte, als der, welcher dieß läugnete, geben sich hierüber die Hand, und der letzte sagte schon S. 57., die erste Bedingung, unter welcher ein Volk seine Souveränität überträgt, sey die Erhaltung des Volkes als eines bürgerlichen Ganzen. Die Souveränität des deutschen Reiches sey das Resultat der Souveränität der einzelnen Reichsfürsten; die Souveränität des deutschen Reiches streite also gegen ihren

ur-

ursprünglichen Zweck, wenn sie die Vertilgung eines grösseren oder kleineren Staates durch die eigenmächtige Entthronung seines Fürsten in ihre Maximen aufnähme. Selbst Hr. Weisse dürfte hierüber leicht einverstanden seyn. Denn S. 157. §. 2. gestehet er mit den meisten StaatsRechtsgelehrten, daß sich die Rechtmäßigkeit der Säcularisirung geistlicher ReichsLänder auf keine Weise rechtfertigen lasse, wenn nicht eine außerordentliche Ursache ein solches Opfer erfordere. Diese aber scheine dann nur vorhanden zu seyn, wenn die Aufopferung wohl erworbener Rechte zur Erhaltung des Ganzen nothwendig sey. Die Möglichkeit eines solchen Falles lasse sich gar nicht bezweifeln. Das Recht der höchsten Gewalt aber, welches hieraus entspringet, sey schon längst in den Theorien des StaatsRechtes unter dem Namen der MachtVollkommenheit (*plenitudo potestatis*) oder des äußersten Rechtes (*ius eminens*) bekannt, und lasse sich aus dem Grundsätze erweisen, daß es widersprechend wäre, das
 Ganze

Ganze einer Zerstörung auszufetzen. wenn es durch einen Theil desselben (der unter jenem begriffen ist,) erhalten werden könnte.“ Hier lieget der Grundsatz, von welchem Hr. W. ausgehet, und worauf er alles zurück bringet, sammt seinem Beweise vor uns.

Eben die Erhaltung des Ganzen der Staats-Gesellschaft, der Zweck des bürgerlichen Vereins, woraus man sonst die Unrechtmäßigkeit der Vertilgung eines Theiles herleiten will, lieget hier zum Grunde, und es wird analytisch nothwendig aus derselben gefolgert, daß im Nothfalle, wo das Ganze sich unter keiner andern Bedingung erhalten läßt, ein Theil, welcher dann auch verloren seyn würde, dem Ganzen aufgeopfert werden dürfe. Wem fällt hier nicht leicht ein krankes Glied ein, welches man abschneiden läßt, wenn kein anderes Mittel übrig ist, das Leben zu retten? Oder, um Beyspiele zu geben, welche nicht nur auf die Form jenes Schlusses, sondern auch auf den Stoff passen: wer bezweifelt
das

das Recht, bey der Gefahr eines Schiffbruches das schwere Gepäck in das Wasser zu werfen? das Haus nieder zu reißen, wenn sich die Gefahr eines allgemeinen Brandes nicht anders abwenden läßt? Ist denn, könnte man noch weiter, und noch treffender sagen, das Recht einer militärischen Conscription in der bürgerlichen Gesellschaft, wenn Gefahr bevorsteht, und bey einem Heere die Bestimmung eines Bataillons, eine Schanze zu erstürmen, etwas anderes, als Ausübung dieses gesellschaftlichen NothRechtes, beruhend auf dem Satze: das Ganze ist mehr, als der Theil? Ich habe den Grundsatz des Verfassers in noch helleres Licht gestellt, als dieser selbst. So weit bin ich entfernt, durch Herabsetzung seiner Gründe mir die Mühe der Widerlegung zu erleichtern. Aber ich werde nun auch diesen Träger aller Behauptungen des Hrn. W. etwas genauer prüfen, um zu zeigen, wie leicht sich's derselbe gemacht hat, den Sieg zu erschleichen.

Bey obigem Grundfatze ist Mancherley durch einander geworfen worden. Die Equipage, welche sich einem SchiffsCapitäne anvertrauet, oder vielmehr mit ihm einen Vertrag geschlossen hat, sie an Ort und Stelle zu liefern, und die während der Reise von seinen Anstalten abhängt, darf sich wohl nicht beschweren, wenn derselbe für gut findet, einen Theil ihres Gepäcket über Bord werfen zu lassen, um zur Zeit der Gefahr nicht zu scheitern. Denn Erhaltung des Lebens ist doch wohl der HauptZweck, welchem alles Uebrige untergeordnet ist, — der Werth der Habschaft beruhet nur auf der Voraussetzung des Lebens. Die Vollmacht, über die geladenen Güter zur Sicherheit der SchiffsGesellschaft zu disponiren, lieget also offenbar in dem mit dem Capitäne geschlossenen Vertrage. Hier leidet vielleicht ein Theil der Equipage merklich, der andere wenig, der dritte nichts. Der Grundsatz, ein Theil werde dem Ganzen geopfert, tritt hier nur zum Scheine ein. Denn, wer auch das Meiste dabey einbüset,

bringet sich selbst hier das erste Opfer, wie der, welcher ein seinem Leben gefährliches Glied sich nehmen läßt. Aber setzen wir, der Capitän, nachdem er bereits alle Waren-Ladungen über Bord geworfen hat, wollte auch einen Theil der SchiffsGesellschaft selbst in die stürmische See werfen, um den andern grösseren zu erhalten. Hier findet sich ein ausserordentlicher Fall, dessen Möglichkeit Niemand bezweifeln wird. Wird der kleinere Theil nicht geopfert, so waget die ganze Equipage das Leben, worunter doch auch der kleinere begriffen ist: und doch wird Hr. Weisse sicher entscheiden, daß sein Grundsatz hier nicht anwendbar sey. Setzen wir gar, dem SchiffsCapitäne fiele es ein, um die Gold- und SilberBarren einiger reichen Kaufleute zu erhalten, die armen Mitreisenden, und wenn es auch Sklaven wären, in die See zu stürzen, wo auch ein Theil dem Ganzen geopfert würde: würde sich hier das Rechts-Gefühl des Hrn. Drs. Weisse nicht empören?

Betrachten wir einen andern der oben angegebenen Fälle, welche zur Beleuchtung des Weisseischen Grundsatzes zu dienen scheinen, etwas genauer. Das Haus, welches in Gefahr steht, von dem benachbarten brennenden Hause angezündet zu werden, und einen beträchtlichen Theil der Stadt anzustecken, nieder zu reißen, ist ganz obigem Grundsatze gemäß, voraus gesetzt, daß jenes Haus sich nicht durch alle angestrengte Mühe erhalten liesse. Aber wie dann, wenn jene Nothwendigkeit in der Faulheit oder dem Uebelwollen eines Theiles der Bürger läge? Stellen wir uns die Sache so vor. Die nördliche Hälfte einer Stadt hat eine Antipathie gegen die südliche, weil ihre Vorfahren vor etlichen Hundert Jahren einen verderblichen Prozeß gegen einander führten, es sey nun des feuerfarbenen Ofens wegen, oder weil die nördliche Hälfte nur Knöpfe, die südliche aber Kreuze auf ihren Kirchthürmen hatte. Nun bricht ein gefährlicher Brand in der südlichen Hälfte aus. Das Feuer frisst fürchterlich um

sich. Die ganze Stadt trifft alle Anstalten der FeuerOrdnung gemäfs. Aber bey der Ausführung herrschet keine Zusammenficht. Die Gefahr, welche man bey gehöriger Verbindung der Mafsregeln hätte abhalten können, vergrößert sich. Nun ziehen die Einwohner der nördlichen Stadt mit ihren Löschwerkzeugen zurück, weil alle Hülfe vergebens sey, und Jeder auf sein Haus sehen müsse. Sie ziehen einen Cordon um ihre liebe StadtHälfte, um die Räuber, welche sich des Brandes zu ihrem Zwecke bedienen möchten, abzuhalten, oder auch ihre Häuser zu löschen, wenn das Feuer ihnen zu nahe käme. Unterdeffen stehen sie als müßige Zuschauer des Brandes, ergetzen sich an den wallenden Flammen, spotten der heulenden Familien, deren Habschaft von dem Feuer verzehret wird, und ziehen Vorthail von denen, welche ihre Habschaft in die Häuser der NordStadt unterzubringen suchen. Das Feuer greift indeffen weiter um sich, und nähert sich der NordStadt von einer Seite, wo diese mit der SüdStadt zusammen hängt.

Ge-

Gefchwinde fenden ſie nun Deputirte an den StadtMagiſtrat mit der Forderung, jene Häuſer der SüdStadt nieder zu reiſſen, welche die NordStadt berühren, und welche ſie ohne dieſs ſchon lange nicht gern fahen. Der erſte der Deputirten leget dem beklommenen Magiſtrate eine rechtliche Deduction vor, welche mit dem Grundſatze anhebt, der Magiſtrat ſey in dieſem außerordentlichen Falle befugt, einen ohne dieſs verlornen Theil dem Ganzen zu opfern. — Was dünket Sie, Hr. Dr. Weiſſe? Doch ohne Ihre Antwort abzuwarten, wenden wir uns zu einem andern der obigen Fälle.

Zur Zeit eines gefährlichen Krieges begnügt man ſich nicht mit freywilligen Recruten. Man hebet die junge Mannſchaft mit Gewalt aus, und ſendet ſie den Schlachten und Belagerungen zu, während die übrigen zu Hauſe ihre Geſchäfte ruhig treiben, oder alle Annehmlichkeiten des Lebens genießen. Ein Theil wird den größten Strapazen und tauſendfachen Gefahren des Lebens bloß ge-

gestellet, um das Vaterland zu retten. Der
 Weisseische Grundsatz scheint hier ganz ein-
 zugreifen, und da der Fall aus der Mitte der
 bürgerlichen Gesellschaft selbst heraus gehohlt
 ist, besonders zu passen, und doch scheint es
 nur so. Es läßt sich nicht sagen, der hier
 eintretende Fall sey außerordentlich. Die Her-
 stellung des Wehrstandes ist ein wesentlicher
 BestandTheil der StaatsGewalt, welche sich
 selbst erhalten soll. Außer der StaatsGesell-
 schaft ist das Leben eines Jeden Krieg. Ge-
 rade um die Stätigkeit des Krieges einzu-
 stellen, ist der Staat errichtet. Dazu gehöret
 Gewalt, welche nach Innen und Außen wirkt,
 um Ruhe zu erhalten, oder herzustellen. Un-
 möglich ist es, alle Bürger dazu zu gebrau-
 chen. Die StaatsGesellschaft würde so nur
 weniger ihrem Zwecke entsprechen. Ein Theil
 der Bürger muß also seiner Unvermögenheit,
 oder der Geschäfte, oder der StaatsAemter
 halber zu Hause bleiben. Unterdeß wird
 doch für die gleiche Vertheilung dieser Staats-
 Last dadurch gesorget, daß ein allgemeines
 Ge-

Gesetz jeden in gleichem Alter stehenden und sonst des Staates halber ungehinderten zu den Waffen rufet. Wird ein Theil der Bürger eher dazu genommen, als der andere; so ist dieß Zufall, der gerade jetzt eine Nothwendigkeit verhängt, wo das Gesetz auf einen bestimmten Theil der Bürger paffet, welcher doch auch dadurch entschädiget wird, daß er ohne Staat, welcher ihn jetzt zum Krieger machet, ein lebenslänglicher und unbehüllicher Krieger würde gewesen seyn. Es ist also unrichtig zu sagen, daß jemand nicht feinetwegen, sondern nur zur Erhaltung des Ganzen die Waffen ergreifen müsse, oder daß er für andere, als den gröfseren Theil dahin gegeben werde, oder daß er nur eigentlich geopfert werde, da er nicht zum Leiden, sondern zu einem thatenvollen Amte bestimmt, nicht der Zernichtung Preis gegeben wird, sondern es zum Theile in seiner Gewalt hat, den Gefahren zu entgehen. Die Sendung eines Bataillons zur Erstürmung einer Schanze ist im

Grunde

Grunde kein neuer Fall, sondern nur eine Abfolge des vorigen.

Wir haben eine Menge Nothfälle, welche ein gesellschaftliches Ganze treffen mögen, von kleineren Gesellschaften zu größeren bis zur bürgerlichen aufsteigend durchgegangen, ohne Einen zu finden, auf welchen der Grundsatz des Hrn. Weisse paßte. Aber vielleicht liegt der Fall doch irgend versteckt, ohne ihn bey unserem empirischen Herumtappen zu finden. Betrachten wir also den Gegenstand genauer durch ein apodiktisches Mikroskop, um alle Arten der Nothfälle, in welche die bürgerliche Gesellschaft gerathen kann, zu erfinden.

Ein Schade, der einen Nothfall der bürgerlichen Gesellschaft begründet, betrifft entweder die Glieder, oder die Verbindung selbst, oder beyde zugleich. Im ersten Falle ist das die Gesellschaft bedrohende Uebel entweder physisch oder moralisch. Ein physisches Uebel, welches

welches von einem oder dem andern Mitgliede der bürgerlichen Gesellschaft auf mehrere übergeht, ist eine ansteckende Krankheit. Hr. Weisse dürfte, gälte sein Gesetz allgemein, auf Tödtung eines etwa von der Pest angesteckten Bürgers antragen, um der weiteren Verbreitung des Uebels zuvor zu kommen. — Könnte er nicht sagen: es ist widersprechend, das Ganze einer Zerstörung auszusetzen, wenn es durch einen Theil desselben, welcher unter jenem auch begriffen ist, erhalten werden könnte? — Die barbarische Behandlung der Ausfätzigen in der Vorzeit, wo man so weit ging, diese Unglücklichen vom Gebrauche der Brunnen auszuschließen, und aus den Städten zu verbannen, wäre nach Hrn. W's Grundsätze gerechtfertiget. Allein ich bin gewiss, daß er vor dieser Folgerung zurück tritt.

Ein moralisches Uebel, wodurch ein Glied der Gesellschaft mehrere anstecken, oder doch beschädigen kann, ist ein hoher Grad sittlicher
Krank-

Krankheit, wie man ihn bey Dieben und Mördern antrifft. Manche StaatsRechtsLehrer haben das Recht der TodesStrafe dem Staate abgesprochen, unter andern defswegen, weil sie die Potestas eminens aufser der Sphäre des bürgerlichen Vertrages gar nicht dachten, und dafür hielten, daß Niemand dem Staate über sein Leben ein Recht, welches er selbst nicht hat, habe übertragen können. Allein die Potestas eminens des Hrn. Weisse, welche sich über die gemeine Sphäre des Vereines hinaus hebet, wird ihm, wenn er für die TodesStrafen gestimmt ist, trefflich dienen. Ich weiß zwar sein rechtliches GlaubensBekennntniß hierüber nicht; aber er dürfte kühn sagen: es ist widersprechend, das Ganze einer Zerstörung auszusetzen, wenn es durch einen Theil desselben erhalten werden kann. Und ist er einmahl so weit, so wird das Ende des Würgens und Schlachtens nicht bald abzusehen seyn. Ueberall, wo er einem moralischen Giftmischer, Betrieger, Taugenichts, Menschen-
 Quäler

Quäler begegnet, wird ihm das eiserne Sprüchlein jener jüdischen Rotte, welche auch die Potestas eminens kannte, vorschweben: es ist gut, dafs ein Mensch für das Volk stirbt.

Rücken wir von den Uebeln, welche von einem auf mehrere Glieder der Gesellschaft übertreten, auf solche, welche die Verbindung oder das Verein der Gesellschaft selbst angreifen, und die in dem Staate selbst oder ausser demselben liegen. Ein Mensch, welcher als Bürger die StaatsVerbindung bedrohet, ist ein förmlicher Aufrührer, oder doch ein gefährlicher Mann für die Verfassung oder öffentliche Ruhe. Jenen zu tödten, würde ohne diefs nach dem Gesetze des Hrn. W. erlaubt seyn. Allein auch den für gefährlich gehaltenen Mann wird der Staat wenigstens können deportiren lassen. Der Ostracismus der alten Republiken, so tyrannisch er war, wird von selbst aus dem Gesetze der Potestas eminens hervor treten: — zerstöre, entferne den schadhaften Theil, um das Ganze zu erhalten.

Das

Das auſſer dem Staate befindliche Uebel, welches das geſellſchaftliche Verein angreift, iſt der Krieg. Wenn er den Staat nicht ganz zerſtöret, ſondern nur in Anſehung ſeines inneren Bandes antaſtet; ſo fordert der Feind, daß ein Theil des Staates, eine von ihm wirklich eingenommene, oder doch abzunöthigende Provinz abgetreten werde, oder er fordert einen einzelnen wichtigen Bürger. So forderte Rom die Auslieferung Hannibal's von Karthago. In dieſem Falle erhält der Staat durch die Noth, in welcher er ſich ſiehet, das Recht, einen Hannibal auszuliefern, ſo wenig, als das Recht, ihn auf Verlangen des Feindes zu tödten. In jenem Falle hat keine eigentliche Abtretung Statt, ſo bald Nöthigung vor der Thüre ſtehet. So tritt auch der Reiſende dem ſtärkeren Räuber ſeine Börſe ab. Solche Abtretungen ſind weiter nichts, als Erklärungen, man wolle es geſchehen laſſen, daß der Feind eine Provinz oder Stadt behält, oder nimmt, weil man ſie entweder nicht behalten, oder nicht wieder nehmen könne. Soll aber mehr da-

darunter verstanden werden als Nachgiebigkeit gegen die gegenwärtige Ueberlegenheit des Feindes; so müßte noch die Erklärung hinzu kommen, daß der Staat auch für die Zukunft, wenn diese ihm je wieder Ueberlegenheit über den Nachbar herbey führen würde, auf Wiedereroberung Verzicht leiste. Nun ist aber der Staat nicht befugt, einen Theil seiner Glieder vom StaatsVerein auszuschließen, so lange diese nicht wollen. Der auf Abtretung dringende Feind, welcher sein Recht auf Eroberung gründet, wartet die Einwilligung der Abzutretenden nicht ab. Folglich ist auch der Staat nicht rechtlich fähig, für alle Zeiten hinaus ein Stück Land dem Feinde abzutreten, und das rechtliche Band bestehet unauflöslich, bis wenigstens eine laute oder schweigende Einwilligung der Abgetretenen erfolgt. Falsch ist es also, der Potestas eminens im Nothfalle das Befugniss einer Cession einzuräumen.

Hier tritt also Hrn. Weisse's Grundsatz gar nicht ein, oder wenn er ihn doch geltend machen

machen wollte; so würde der Staat nach ihm das Recht haben, Unterthanen, sie mögen wollen, oder nicht, zu veräußern, so bald Noth es zu erheischen scheinet. Ein solcher Nothfall scheinet oft einzutreten. Er drückt Theils einzelne Bürger, Theils die Verrichtungen des StaatsVereines selbst: — ich meine die StaatsSchuldenLast. Wird wohl Hr. W. hierin ein Recht für die Potestas eminens finden, eine Provinz oder Stadt zu verpfänden, oder gar zu verkaufen? Allerdings könnte er es vermittelt seines allgewaltigen Grundsatzes: „Es ist ja widersprechend, das Ganze einer Zerstörung auszusetzen, wenn man es durch einen Theil desselben erhalten kann.“

Wir haben nun diesen Grundsatz in allen möglichen Arten der Nothfälle herum geführt, und gefunden, daß er entweder nicht hinpasse, wo man ihn gern haben möchte, oder daß er das Princip der größten Gewalthätigkeiten, die Quelle des schrecklichsten Despotismus, und den Grund abgibt, die Rechte
und

und Freyheiten der Völker zu zerstören, und diese zu Sachen, welche man verkauft, verpfändet, abtritt, zernichtet, herab zu würdigen, alles nach Gutbefinden eines alles verschlingenden Idols — der StaatsNoth, in welche einzelne Menschen oder Rotten ihre PrivatNoth, PrivatLuft, und Rachgierde, und Stolz hinein zu dolmetfchen wissen, um Mitrailladen und Noyaden und Säcularisirungen dadurch zu rechtfertigen.

Man hat einen Grundsatz schon genug widerlegt, wenn man sein ganzes Feld ausmisst, und überall ihn nicht anwendbar, oder mit Ungereimtheiten verwachsen findet. Gleichwohl dürfte dieser analytische und zugleich indirecte Versuch noch mangelhaft scheinen, wenn wir nicht alles mit einem obersten Grundsätze, wie mit einem SchlussSteine umfassten, und einmahl in synthetischer und gerader Ordnung augenscheinlich machten, dass eine Potestas eminens oder Plenitudo potestatis ein ganz und gar unstatthafter Begriff des natürlichen Staats-Rechtes ist.

Der Staat ist keine Verfassung, welche man bloß als ein Werk der Nöthigung, durch Gewohnheit befestiget, betrachten kann: sonst würde eine Nöthigung anderer Art sie auch wieder auflösen können, ohne daß man Grund hätte, sich darüber zu beschweren; welches Niemanden unwillkommener seyn dürfte, als gerade denen, welche sich am stärksten versucht fühlen könnten, ihn als Sache ihrer Willkür und fremder Nöthigung zu betrachten und zu behandeln. Er ist also ein Zustand der Vereinigung vieler Willen nach Gesetzen, um Gesetze möglich zu machen; oder er ist ein Zustand der wechselseitigen Verbindung eines Haufens, um die ideale Möglichkeit, nach welcher die Willkür des Einen neben der Willkür des Andern bestehen kann, zur reellen Möglichkeit zu machen, oder eine rechtliche Verfassung einzuführen. Eine geschichtliche Deduction dieser Verbindung, als beruhend auf einem ausdrücklich und feyerlich eingegangenen Vertrage, ist weder möglich, noch nöthig. Mögen immer Nöthigung und Ge-

Gewohnheit im Anfange die Menschen so zusammen geführt haben: sind sie einmahl beyfammen, haben sie eine bestimmte Verfassung durch die That selbst ergriffen; so gibt die Vernunft, welche befiehlt, gerecht zu seyn, und sich an die einzige Bedingung eines Rechts-Zustandes, die bürgerliche Gesellschaft, zu halten, die Sanction dazu her, und es ist dann gerade so gut, als erneuerte die Gesellschaft ihren UrVertrag augenblicklich. Denn dieser Vertrag selbst hätte keine höhere Sanction, als die Bestätigung der rechtlichen Vernunft.

Eben diese in der menschlichen Vernunft begründete Idee des möglichen Beyfammenseyns, oder der Rechte, ist also hier Alles in Allem. Sie gibt das Modell, den Grund und Zweck der StaatsGesellschaft her, und bezeichnet die Gewalt, welche das Resultat dieser Verbindung ist, ihre Grenzen genau vor. Die ideale Möglichkeit des ZusammenLebens soll zur reellen Möglichkeit erhoben werden. Das PrivatRecht wird also voraus gesetzt, und

C

wird

wird zum öffentlichen Rechte, so fern es durch eine Verbindung sich verwirklichen kann. Möglichkeit und Wirklichkeit haben aber denselben Umfang, nur die eine Bestimmung der Existenz ausgenommen. Das öffentliche Recht wird sich also vom PrivatRechte nur dadurch unterscheiden können, daß es das Hinderniß der Wirklichmachung des PrivatRechtes hebet. Der Bürger verlieret demnach keinen Zweig seiner Personal- und SachenRechte. Das PrivatRecht erhält nur Modificationen oder Beschränkungen, um zu gewinnen. Gleichwie die Willkür durch das PrivatRecht als ideale Möglichkeit des Beyfammenseyns beschränket, und eben dadurch von den Schranken, welche sie ganz erdrücken, befreyt, zur Freyheit, obgleich nur in der Idee, wird; so entlediget sich das PrivatRecht durch kleine Einschränkungen, welche es aufnimmt, von jenen Beschränkungen, welche es ganz hemmen: und so erhebet sich die ideale Möglichkeit des Beyfammenseyns zur wirklichen, mit einem Worte, — es entstehet erst Freyheit. Mein ganzes Wesen
kann

kann sich nun nach allen Seiten hin entfalten. Alle Arten des Genusses und der Benützung bleiben ungekränkt. Ich lasse mir den SoldatenStand gefallen, um den grösseren Theil meines Lebens in ungestörter Ruhe hinzubringen; Abgaben, um mein Eigenthum zu erhalten und zu vermehren.

Der Umfang der StaatsGewalt wird also genau durch die Grenzen abgesteckt, welche mein PrivatRecht anzunehmen fähig ist. Denn nur es lieget dem öffentlichen zum Grunde. Ein ausdrücklicher GesellschaftsVertrag, mittels dessen man auf etwas weiteres hätte Verzicht thun können, ist nicht nur geschichtlich, sondern auch rechtlich eine Chimäre. Ich darf nicht über den natürlichen StaatsZweck, welcher auf die Realisirung des durch die Rechts-Idee bestimmten PrivatRechtes gehet, hinaus, darf mich des Rechtes nie begeben, welches mit meiner Vernunft zusammen hängt, darf nur theilweise Aufopferungen machen, um desto mehr zu gewinnen. In diesem Sinne sind alle PrivatRechte unveräußerlich.

Hieraus folgt nun, daß die außerordentliche StaatsGewalt, welche der eben erklärten als der gemeinen entgegen gesetzt, und ein Befugniss seyn soll, in einem Nothfalle, welcher die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft selbst der Gefahr aussetzt, die PrivatRechte der einzelnen StaatsGlieder der Erhaltung des Ganzen aufzuopfern, eine Chimäre ist. Denn die StaatsGewalt würde sich so mit sich selbst in Widersprüche verwickeln. Der StaatsZweck, welcher die StaatsGewalt bestimmt, gehet nur dahin, das PrivatRecht zur Wirklichkeit zu bringen. Wenn also die öffentliche Gewalt, um die Existenz des Staates zu sichern, die PrivatRechte Einzelner zernichten dürfte; so müßte der RechtsGrund in eben dem PrivatRechte liegen. Es würden nämlich die PrivatRechte eines Theiles dahin gegeben für die Erhaltung der PrivatRechte des bey weitem größeren Theiles, und für die Möglichmachung derselben, welche von der Existenz des Staates abhängt. Der Staat soll ja auch eben wegen des PrivatRechtes erhalten werden. Wenn also

in

in einem Falle dieß nicht anders geschehen könnte; so müßte wohl ein Theil der Privat-Rechte aufgegeben werden. Dieß geschähe dann in Gemäfsheit der RechtsIdee, welche, so viel möglich, als VernunftRegel auf Wirklichkeit dringet. Die Einwilligung der Bürger, welche sich nach dieser Regel richten soll, würde demnach voraus gesetzt, und wäre in dem idealischen StaatsVertrage eingeschlossen. Wenn so einer Seits die Potestas eminens aus dem PrivatRechte hergeleitet zu seyn scheint; so folgt auch das Widerspiel von einer andern Seite. Ohne Voraussetzung des Privat-Rechtes ist kein öffentliches, und folglich auch keine StaatsGefellschaft denkbar, und nur darum ist öffentliche Gewalt denkbar, weil ohne sie das PrivatRecht bloße Idee bliebe, ohne zur Wirklichkeit hinüber geführt werden zu können. Dieß könnte aber darum nicht geschehen, weil die Willkür eines beschränkten VernunftWesens, wie der Mensch ist, anstatt sich nach der RechtsRegel zu richten, diese sich zu unterwerfen strebet, und also stäts

Zwang

Zwang gegen Zwang gebraucht werden muß. Nun würde ich auch in der bürgerlichen Gesellschaft dem Reiche der Willkür nicht ausweichen, und folglich das Recht unausgeführt bleiben, wenn es den Inhabern der StaatsGewalt erlaubt wäre, im Nothfalle die Rechte Einzelner ganz, und ohne allen Gewinn abzufordern. Denn da der Nothfall, welcher dem Staate gefährlich seyn kann, keine sichere Grenzen hat, um ihn von bloßem Vortheile und Convenienz zu unterscheiden, und der Vorwand hier so viel Spielraum hat; da wirklicher Nothfall oft von StaatsBeamten verschuldet, und erkünstelt seyn kann, z. B. Staats-Schulden und Kriege; da die Regierung, eben weil sie das ist, und der Willkür Zwang entgegen setzt, den Einzelnen, welchem sie ein Recht nehmen will, weder in die Noth des Staates Einsicht nehmen läßt, noch seine Einwilligung einhohlet: so folget, daß so die Rechte des Einzelnen stäts der Collision mit fremder Willkür ausgesetzt blieben, und man so im Staate dem widerrechtlichen Stande außer dem-

demselben nie entginge. Willkür — Despotismus — würde Rechtsregel; und ich wäre übler daran, als im privatrechtlichen Stande. Ich verlöre einen Zweig meines Rechtes nach dem andern, selbst meine Existenz, ganz in Form Rechtens, und systematisch, ohne den Trost der SelbstHülfe zu haben, der mir noch ausser der StaatsGesellschaft zu Gebote stünde. Wenn im privatrechtlichen Stande mein Recht ein Nihil negativum wäre; so wäre es so im Staate ein Nihil privativum. Der Charakter einer rechtmässigen StaatsGewalt bestehet also darin, daß sie keinem einzelnen Bürger einen Rechtszweig, noch weniger alle nimmt, um der ganzen Gesellschaft, weil es der Nothfall erheische, ein Geschenk damit zu machen; daß alle Forderungen durchaus gleich seyn, und nur solche RechtsModificationen Statt finden können, welche Ersatz versprechen. Die Potestas eminens ist demnach ein widerrechtliches Fantom.

Da man sich bey der Behauptung einer außerordentlichen StaatsGewalt in solche
Wider-

Widersprüche verwickelt, und die antithetische Behauptung den Schein der thetischen von Grunde aus hebet; so muß ferner die Potestas eminens aus dem StaatsRechte, wie die fabelhaften Thiere, Phönix, Sphinx und Centaurus, aus der NaturGeschichte verwiesen werden. Lange genug haben gewisse rechtliche Irrwische das arme MenschenGeschlecht gefoppet und gequälet. Da spuckte im natürlichen PrivatRechte das NothRecht. — Man hat es daraus verbannet, diesesUngeheuer, dessen widersprechende Zusammensetzung aus Recht, welches objectiv vorschreibt, und Noth, welche auf subjectives Bedürfnis zielt, schon längst auf dessen unechte Geburt hätte aufmerksam machen sollen. Ist nun das Ius eminens, welches sich im Nothfalle erzeugen soll, etwas anders, als das NothRecht des StaatsRechtes? Wie lange will man sich noch damit schleppen? Das NothRecht ist in der Hand des PrivatMannes der Vorwand der größten Ungerechtigkeit, die Decke stiller Entschädigungen; das NothRecht in der Hand der Regierung — die Potestas
emi-

eminens, Plenitudo potestatis (unter lateinischen Namen verstecket sich die Ungereimtheit leichter,) — ist das giftigste Nest des Despotismus, das Princip des rechtlichen Scheines, womit er seine Klauen decket, die Quelle aller Bedrückungen der Unterthanen, und der ewige Zunder der Kriege. Lange genug hat es sich mit den Thränen und dem Blute der Menschheit beflecket: es wäre Zeit, dieses Hirngespinnst der Publicisten, dieses Geheimniß der bösestigen Seelen in sein Nichts zerfallen zu lassen, und seinen Gebrauch mit Schande zu brandmarken. Sollte denn die Theologie allein von sinnlosen Begriffen gereinigt werden?

Aber wie? — faget man, — wenn doch ein wirklicher Nothfall des Staates eintritt? Läßt sich die Möglichkeit bezweifeln? Was da thun? — Dem PrivatManne, welchem man sein NothRecht aus der Hand windet, faget man: „Sey gerecht, und kannst du dir sonst nicht helfen, so stirb darüber;“ — — und dem Staate: „Es werde Recht, mag auch die Welt da-

darüber zu Grunde gehen. Gerechtigkeit ist das erste, was der Menschheit Noth thut. Suchet diese, alles übrige wird euch beygeleget werden.“

Wie ganz anders mag Hr. Weisse darüber denken! Er, der seines Jus eminens so sicher sich dünket, daß er es wie eine heilige Formel citirt, vor der Aller Kniee sich beugen müssen. Doch er suchet es auch, obgleich sehr kurz, zu beweisen, wie wir gesehen haben, nach dem Princip des Widerspruches: „Es wäre widersprechend, das Ganze einer Zerstörung auszusetzen, wenn es durch einen Theil desselben (der unter jenem auch begriffen ist) erhalten werden könnte.“ So täuschend dieß beym ersten Anblicke läßt, so ist der Beweis doch nur formell, und auf Sand gebaut. Vor allem hätte Hr. W. sich nach einem materiellen Beweise umsehen, und aus demselben ableiten sollen, ob und welch ein Ganzes eine Staatsverfassung sey? Aus meiner zeitherigen Betrachtung ergibt sich nun der Sitz des

des Irrthumes und die Auflösung des Fehlschlusses von selbst. Bey einem empirischen Ganzen, welches man durch Aggregation seiner Theile erhält, ist der Beweis an Ort und Stelle. Wer sollte nicht 2 Thaler Aufwand machen, um 6 zu gewinnen? Aber wie kam Hr. W. dazu, ein juridisches Ganze damit zu vermengen? Dort sind die Theile wegen des Ganzen, hier ist das Ganze wegen der Theile vorhanden. Jeder Theil enthält da einen absoluten Werth, und das Ganze ist nur Form der Theile. Ein juridisches Ganze müßte im Nothfalle Einem Theile aufgeopfert werden. Karthago hätte sich eher zerstören lassen sollen, als daß es Hannibal in die Hände seiner Feinde geliefert hätte.

Um aber ganz zu sehen, wie sehr Unrecht Hr. W. hatte, die Potestas eminens an die Spitze seiner Behauptungen über Säcularisirung zu stellen, und um uns gehörig darauf vorzubereiten, ziehe ich noch etliche Schlüsse aus dem obigen. Die StaatsGewalt hat das Recht nicht, die Rechte eines Individuums dem

dem Ganzen zu opfern. Nun hat aber jedes Individuum das unstreitige Recht, zu einem beliebigen Zwecke, wenn er nur den Rechten Anderer nicht entgegen stehet, wäre er auch sonst unvernünftig, sich mit andern Individuen zu verbinden. Es entstehen so Corporationen im Staate, welche moralische oder rechtliche Personen vorstellen, und so gut, wie Individuen, ihre Rechte haben. Denn die Rechte, welche jedes Mitglied auſser jener Verbindung inne hat, bringet es, als unzertrennliche Stücke seiner Person, mit zu derselben. Die Corporationen haben also alle Personal- und SachenRechte der Individuen. Sie sind befugt, ihre Geschäfte zu treiben, Eigenthum, auch Grundstücke zu besitzen, und zu erwerben. Sie tragen alle Obliegenheiten der Staatsbürger, genießen aber dafür den Schutz der Gesetze. Der Staat hat kein Recht, eines ihrer Rechte, oder sie selbst, irgend einem Zwecke, selbst dem der Noth nicht, aufzuopfern.

Diese Folgerungen stehen allerdings den Behauptungen Kant's (metaphysische Anfangsgründe

gründe der RechtsLehre S. 182 – 185) entgegen. Ich finde es demnach nicht überflüssig, Rücksicht darauf zu nehmen. Er stellet den Inhaber der StaatsGewalt als Obereigenthümer des Bodens auf, und folgert daraus, „dass es keine Corporation im Staate, keinen Stand und Orden geben könne, der als Eigenthümer den Boden zur alleinigen Benutzung den folgenden Generationen (in's Unendliche) nach gewissen Statuten überliefern könne.“ Allein der Vorderatz ist nur in dem Sinne wahr, als unter der Idee des bürgerlichen Vereins die Theilbarkeit des Bodens ausführbar gedacht werden kann, und die StaatsGewalt der Vertheilung reelle Möglichkeit, oder Sicherheit verschaffet, nicht in dem Sinne, als läge die ideale oder formelle Möglichkeit der Grund-Vertheilung in der StaatsGewalt. Das Privat-Eigenthum als RechtsIdee muß sogar vor der Idee eines Staates gedacht werden; weit gefehlt, dass jene aus dieser abgeleitet werden könnte. Etwas ganz anderes ist es mit der äußeren oder reellen Möglichkeit, welche von
der

der StaatsGewalt verschaffet wird. Beyde Möglichkeiten müssen aus einander gehalten werden, um heterogene Begriffe nicht zu vermischen. Um sich genau auszudrücken, ist also der Inhaber der StaatsGewalt der Ober-Schutzherr des PrivatEigenthumes, nicht der OberEigenthümer. So wenig er also befugt ist, das PrivatEigenthum eines Individuums zu stören, so wenig darf er nach Willkür über das Eigenthum einer Corporation schalten und walten. Nur es zu beschützen, ist seine Pflicht. Oder sollen etwa die in der Schlussfolge angehängten Umstände der alleinigen Benützung, der unendlichen Ueberlieferung an folgende Generationen nach gewissen Statuten den eigentlichen Grund der Kantischen Behauptung abgeben; so haben dieselben keine Beziehung auf den Vorderatz, worauf doch ausdrücklich mit dem: Hieraus folgt — hingewiesen wird. Auch sind dieß keine widerrechtlichen Besonderheiten des Grundeigenthumes der Corporationen. Auch Familien dürfen auf alleinige Benützung ihres Grundeigenthumes auf
fol-

folgende Generationen, und ins Unendliche nach Statuten oder Pacten arbeiten, und da sie sich ihres Rechtes bedienen, verletzen sie keinesweges das Recht eines Andern.

Tiefer unten bringet Kant noch einen Beweis, das GrundEigenthum gewisser Corporationen, und gar ihre Existenz aufheben zu dürfen. Der Grund des bisherigen Besitzes gewisser Corporationen lag nur in der VolksMeinung, z. B. von der Kraft der SeelenMessen und gewisser Gebethe. So lange diese fortwährte, war ihr EigenthumsRecht gültig, erlosch aber auch mit der VolksMeinung. — Ohne mit Kant darüber streiten zu wollen, ob jene bezeichneten VolksMeinungen in den Gegenden, worauf er zielt, als wirklich erloschen anzusehen sind, bemerke ich in dem Vorderfatze eine doppelte Unrichtigkeit, eine historische und eine juridische. Jene VolksMeinung von der Kraft gewisser Mittel wider das Fegefeuer war nicht der einzige Grund jener Vermächtnisse. Man sah mit auf die
viel.

vielfältigen Zwecke, welche jene Stiftungen hatten. Schulanstalten, Erziehung der Volks-Lehrer, Armen- und KrankenPfleger und Gast-freyheit war mit dem Gebethe für Verstorbene verbunden, und die zusammen gehäuften Güter hatten ihre mehrfache gemeinnützige Bestimmung, welche noch beybehalten werden, und auch für unsere Zeiten Nutzen stiften kann. Auch hat Kant nicht an den Umstand gedacht, daß oft die Glieder solcher Corporationen Anfangs ihren Boden selbst urbar machten.

Auch ist's juridisch unrichtig zu sagen: Der Grund des zeitherigen Besitzes lag nur in der VolksMeinung. Vorerst dürfte ich mich auf Kant's RechtsLehre selbst berufen. Die Ersitzung ist ihm eine schon im NaturRechte begründete Erwerbungsart. „Ich erwerbe das Eigenthum eines Andern bloß durch den langen Besitz (*usu capio*), nicht weil ich dieses seine Einwilligung dazu rechtmäßig voraus setzen darf (*per consensum praesumptum*),

tum), noch weil ich, da er nicht widerspricht, annehmen kann, er habe seine Sache aufgegeben (rem derelictam), sondern, weil, wenn es einen wahren und auf diese Sache als Eigenthum Anspruch machenden (Prätendenten) gäbe, ich ihn doch bloß durch meinen langen Besitz ausschließen — darf: wenn ich gleich von seiner Wirklichkeit so wohl, als der seines Anspruches hinreichend benachrichtiget seyn möchte.“ S. 131—132. Kant gründet sich darauf, daß sonst keine Erwerbung peremptorisch gesichert wäre, und dadurch einem Postulate der rechtlich-praktischen Vernunft widersprochen würde. Mir liegt es außer dem Wege, mich mit einer Auseinandersetzung dieser Sache zu befassen: nur wissen möchte ich, wie Kant mit sich selbst bestehet. Denn das liegt doch vor Augen, daß bey aller vorausgesetzten Nichtigkeit der ersten ErwerbungsHandlung doch der langwierigste Besitz den Gütern kirchlicher Corporationen zu gut kommt.

Allein ich gebe zu viel zu, wenn ich die Nichtigkeit der ersten Erwerbung geistlicher Güter einräume. Es verstehet sich, daß von einer theologischen Gültigkeit jenes Erwerbes die Rede ganz und gar nicht sey. Lassen wir es dem kritischen Philosophen Kant, wenn er will, daß eine VolksMeinung, welche vor der Philosophie die Probe nicht mehr hält, allen jenen Stiftungen zum Grunde lag; so folget doch nicht, daß die Wahrheit jener Meinung die Bedingung der Gültigkeit war. Freylich hebet sich der Vertrag auf, wenn nicht geleistet wird, zu was der eine oder andere Theil der Contrahenten sich anheischig machet. Verkauft mir jemand mit bestem Glauben Messing für Gold; so gehet der Kauf zurück, so bald ich den Irrthum ihm zeige. Aber gehet das wohl überall so? Gesetzt, ich würde von einem Arzte nach einer falschen Theorie übel behandelt; gesetzt, die gelehrte Welt spottete hernach dieser Theorie, und mein Arzt käme selbst von ihr zurück: wäre ich berechtigt, die Belohnung zurück zu fordern, welche

welche ich ihm gab? Gesetzt, ein Philosoph erschriebe sich einen beträchtlichen Reichtum: würden wohl die Käufer, wenn sie in der Folge sein System falsch fänden, ihm ihr Geld wieder abfordern, würde der Staat an der Stelle der nicht mehr lebenden Käufer auftreten, und es einst den Erben jenes Philosophen abfordern können? Wenn diese Vergleichen zu edel scheinen, so steigen wir zu niedrigeren herab. Stellen wir dem rechtlichen Arzte den Quakfalter, dem Philosophen den Astrologen gegen über. Wird wohl der Staat befugt seyn, das Vermögen einzuziehen, welches sich jener aus dem Befehen des Urins, und dieser durch Wahrsagereyen zu erwerben wufte? Warum empöret sich ein gewisses rechtliches Gefühl gegen diese Schritte? — — Es ist ein großer Unterschied zwischen Verträgen über sinnliche Gegenstände, wo die Wahrheit der Sache gezeigt werden kann, und unsinnlichen, welche nur vor den Richterstuhl der Vernunft gehören, oder auch noch darüber hinaus reichen, und wo dem Käufer nichts

übrig bleibt, als ein Glaube an das Urtheil
 eines erfahrenen oder scharffsinnigen Mannes.
 Dabey muß es bey Angelegenheiten, welche
 in das Wissenschaftliche greifen, schlechter-
 dings sein Bewenden haben. Die absolute Be-
 dingung der Wahrheit wäre da offenbare Thor-
 heit. Die Menschen würden über diese Dinge
 nie etwas mit einander machen können. Die
 Aerzte würden ihre Hülfe versagen, die Phi-
 losophen keine Bücher schreiben. Die Zeit
 und Mühe, welche Aerzte und Philosophen auf
 ihre Kenntnisse und die Mittheilung derselben
 verwenden müssen, haben für sich schon ihren
 Werth, und was den Werth von der jedes-
 mahligen Anwendung betrifft; so kommt es
 lediglich auf Treue und Glauben an, womit
 sie zu Werke gehen. Mehr kann nicht ge-
 fordert werden. Diese beyden Arten des
 Werthes können sich auch bey den Arbeiten
 der Quakfälscher und Astrologen finden. Aber
 wäre auch jemand geneigt, ihre Redlichkeit
 zu bezweifeln, so hat er doch keinen Beweis
 wider sie: und hielten dergleichen Leute
 ihre

ihre Kunst selbst für falsch; so wäre der Lohn, welchen sie nehmen, dann nur ungerecht, wenn sie jemanden zum Vertrauen auf dieselbe beredeten. Wenn aber Leute voll Vorurtheils und des blindesten Vertrauens auf ihre Künste sie fragten; so würde die Befriedigung dieser Fragenden wohl unmoralisch seyn: aber ungerecht handelten sie doch nicht, von denen Lohn zu nehmen, welche nicht so wohl auf ihre Ehrlichkeit, als die Regeln ihrer trügerischen Kunst gesehen hätten.

Die Anwendung ist leicht. Die Priester des mittleren Zeitalters, worein die Stiftungen fallen, waren Philosophen und Aerzte der Seelen, welche man sorgfamer pflegte, als seinen Leib. Ihre Theorie und Praxis hatten transcendente Regionen zum Gegenstande. Beyde kosteten sie Zeit und Mühe. Auch die dürftigste Theologie und das schlechteste Latein mußten doch erlernt werden, um eine lateinische Seelenmesse lesen, und die Horen singen zu können. Eine Menge Schwierigkeiten,

Demüthigungen; Leiden mußten überstanden seyn, um dem Volke zu leisten, was es alles von einem Manne Gottes forderte. So weit hatten die Diener des Altares schon Recht, Belohnung anzunehmen. Aber wie stehet es nun um Treue und Glauben? — — Das Volk war voll Glaubens, und würde die Frage nach Wahrheit als ketzerischen Frevel verflucht haben. Aber vielleicht urtheilte es nur so zu Folge des PriesterTruges? — Wer eines solchen Urtheiles fähig ist, der kennet die Menschen nicht. Er gehe zur Geschichte. Sie wird ihm sagen, daß auch der Priester es für Sünde hielt, an einem Dogma seiner Theologie einen Zweifel aufkommen zu lassen; daß er auch für sich Gebethe und Messen bestellte, und Stiftungen machte. Sie wird ihm zeigen, daß nicht gerade Trug gewissen Meinungen der Menschen zum Grunde lieget. Wenn aber auch Jemand lieber auf das Parallelstück des Quakfalbers und Astrologen, als des Arztes und Philosophen hinschielte; so hüthe er sich, bey seinem voreiligen Richterspruche über

Un-

Unrecht selbst ungerecht zu feyn, und blicke auf manche Gegenden hin, wo noch jetzt es dem Priester sehr übel genommen würde, wenn er sich weigerte, Geld für eine Seelenmesse zu nehmen.

Es wäre sehr überflüssig, über diese Sache so viele Worte zu verlieren, wenn es nicht nöthig wäre, über Gegenstände dieser Art das Licht stromweise zu gießen. Mich dünket nun doch, jedem, welcher noch sehen will, müsse es klar feyn, daß der Staat kein Recht habe, Corporationen aufzuheben, oder auch nur ihre Rechte zu stören, welche jedes Individuum des Staates ruhig genießet, und daß hier keine Ausnahme in Ansehung gewisser Corporationen Statt finde.

Gleichwie es aber in einem Staate kleine Gesellschaften gibt, welchen alle Rechte einzelner Bürger zukommen; so sind auch Staaten möglich, welche aus kleineren Staaten bestehen. Ein solcher ausgezeichneteter Staat ist Deutschland. Hier sind nur Corporationen, und diese

diese Corporationen Staaten, und Regierungen Bürger. Mit unter finden sich geistliche Staaten, wie man in kleineren Staaten geistliche Corporationen siehet. Eben die heilige Unverletzlichkeit des Rechtes, welche diesen zu Statten kommt, gilt auch jenen. Der Beweis ist überall derselbe. Mag auch die DenkMode beyden ungünstig seyn; mag der Tadel beyde der Vernunft nicht ganz angemessen finden: jetzt ist die Frage nur, ob die rechtliche Vernunft nichts wider sie habe? ob die Potestas eminens des deutschen Reiches in gegenwärtiger Krise besonders die geistlichen Staaten der Erhaltung des Ganzen aufopfern dürfe? Hr. Weisse bejahte es: meine Gegengründe mögen bey dem Unbefangenen entscheiden, wer Recht habe. Doch lassen wir ihm einstweilen seine Potestas eminens, und sehen nur zu, welchen Gebrauch er davon mache, und ob das Recht der Säkularisirung daraus gefolgert werden könne?

II. Anwendung des vom Hrn. Dr. Weisse gebrauchten RechtsGrundsatzes auf die Säcularisirung.

Hr. Weisse nimmt das Wort Säcularisirung im engeren, jetzt gebräuchlichen Sinne für eine von der höchsten StaatsGewalt geschehene Uebertragung der LandesHoheit von einem geistlichen Fürsten auf einen weltlichen: doch brauchet er es zuweilen auch im weiteren Sinne als Uebertragung der kirchlichen Güter an den weltlichen Fürsten. Weilen wir also hauptsächlich bey der ersten Bedeutung, und sehen wir, wie richtig oder unrichtig Hr. W. die Säcularisirung aus seinem Princip ableite.

Wenn ein unüberwindlicher Feind die Abtretung geistlicher Länder schlechterdings forderte; so würde der Nothfall unabtreiblich, und es gar nicht der Mühe werth seyn, von der Rechtmässigkeit einer Hingabe dieser Länder zu reden, wo die StaatsGewalt nicht frey handelt. Da aber der Fall darin bestehet, daß
man

man den weltlichen Fürsten, deren Länder der Feind besitzet, geistliche Länder zur Entschädigung geben will; so hat die Sache ein ganz anderes Aussehen, und es gehöret nicht wenig dazu, die Rechtmäßigkeit dieses ^{Griffes} Geistes der Potestas eminens beylegen zu wollen. Doch Hr. W. waget sich daran. S. 159 schließet er, wie folget. „Man denke sich
 1. „den Fall, dafs der Feind das ReichsLand,
 „welches er zur Entschädigung in dem Frie-
 „den verlangte, nicht genau bestimmte, oder
 „wenigstens Unterhandlungen deshalb einzu-
 „gehen bereit wäre; so würde es unstreitig
 „von der höchsten ReichsGewalt abhängen,
 „das Opfer selbst auszuwählen, das zur Er-
 „haltung des Ganzen gebracht werden sollte,
 „und sie würde ihm daher ein geistliches
 „ReichsLand statt eines weltlichen anbiethen
 „können. Verlanget aber der Feind selbst
 „gewisse ReichsLänder als die einzige Bedin-
 „gung des Friedens; so wird nun allerdings
 „jene Wahl in so fern beschränket, als es
 „jetzt nicht mehr von der Willkür des Reiches
 „ab-

„abhängt, diejenigen Personen zu bestimmen,
 „deren Rechte und Länder dem Feinde un-
 „mittelbar sollen abgetreten werden. Wa- 2.
 „rum aber sollte jetzt nicht dem Reiche zu-
 „stehen, diejenigen Personen zu wählen, die
 „mittelbar dem Feinde sollten aufgeopfert
 „werden, das heist, zur Entschädigung der-
 „jenigen, die zunächst durch den Frieden
 „leiden müssen? Auf diese Wahl hat die
 „bemerkte Forderung des Feindes keinen Ein-
 „fluß, und die Natur der Sache bringet es
 „mit sich, ein Recht nicht für aufgehoben zu
 „achten, wenn es nur in gewisser Rücksicht
 „eingeschränkt oder modificirt wird.“ Nun
 fetzet er noch bey, — — — das Reich dürfe
 dabey nicht willkürlich zu Werke gehen, 3.
 sondern müsse diejenigen Länder bestimmen,
 deren Abtretung an einen andern Besitzer
 mit den wenigsten Schwierigkeiten und Nach-
 theilen verbunden ist. Dieß aber scheine der
 Fall bey den geistlichen Staaten zu seyn, auf
 deren LandesHoheit bloß dem jetzt lebenden
 Besitzer ein wohl erworbenes Recht zustehe,
 da

da im Gegentheile in den weltlichen Staaten der gesammten fürstlichen Familie eine Art von MitEigenthum, und ein durch Gesetze und Verträge bestimmtes Erbrecht nicht könne abgesprochen werden. Die geistlichen Regenten, aus dem niedern Adel größten Theils gewählt, seyen durch ihre FamilienVerbindungen weniger mächtig, und darum sey auch die Säcularisation ihrer Staaten für das Reich nicht so gefährlich, als die Aufopferung weltlicher Fürstenthümer. Ueber die Vorzüge der geistlichen oder weltlichen Regierungen will er nichts entscheiden, weil ihn dies zu weit von seinem Zwecke abführen würde. Dafür verdiene der Umstand in Erwägung gezogen zu werden, daß man die Säcularisation eines geistlichen ReichsLandes selbst, ohne die Rechte des Fürsten dabey aufzuopfern, bewirken könne, so bald man dieselbe so lange aufschiebe, bis der letzte geistliche Regent mit Tode abgegangen sey. — — — Ich habe Hrn. Weisse ganz reden lassen, um der Stärke und dem Zusammenhange seiner Ar-

Argumentation keinen Eintrag zu thun. Nun folgen wir ihm theilweise.

Vorerst saget er, wenn der Feind da ReichsLand nicht genau bestimmte, welches er zur Bedingung des Friedens forderte; so würde es unstreitig von der höchsten Reichs-Gewalt abhängen, ein geistliches ReichsLand statt eines weltlichen anzubiethen. — — —

Nichts scheint sich durch Evidenz mehr einzuschmeicheln, als die Eröffnung der Argumentationen: und doch fordert schon der erste Schritt unsere Behuthsamkeit. Von der StaatsGewalt hängt es allerdings ab, hier das Opfer zu bestimmen: aber diese Bestimmung ist keine Handlung der StaatsGewalt als solcher. Der Gesetze vorschreibende Feind befiehlt; der Verlust ist unvermeidlich. Das Loos falle auf einen geistlichen oder weltlichen Fürsten — jeder wird über sein Schicksal, aber keiner über Ungerechtigkeit der StaatsGewalt klagen. Diese handelt hier nicht, sie leidet selbst. Die Abtretung ist ein
leeres

ad 1.

leeres Wort. * Es ist gerade so viel, als nähme es der Feind. Die Freyheit der Wahl zwischen Ländern, welche der Feind läßt, ist die

* Es ist nichts weniger als überflüssig, hier in Ansehung der zur Gültigkeit eines Vertrages erforderlichen Freyheit eine Erklärung beyzusetzen. Von innerer oder moralischer Freyheit darf hier nur in so fern die Rede seyn, als ihre Abwesenheit (im Falle einer Verhinderung, äußerlich zu wirken: z. B. wenn mir jemand bey dem Schreiben eines Vertrages gewaltsam die Hand führte) jede menschliche Handlung unmöglich macht. Aber ihre Abwesenheit, oder ihr von jeder gegenwärtigen Gewalt ungehindertes Vermögen, nach aussen zu wirken, ist darum noch lange nicht jene äußerliche oder rechtliche Freyheit der Willkür, von der hier nur geredet werden kann. Unter dieser wird nun freylich auch keine Unabhängigkeit des Wollens von einem äußerlich zu befürchtenden Uebel verstanden. Ein Uebel, das mir bevorsteht, wird entweder bloß voraus gesehen, oder angedroht. Das bloß voraus gesehene (z. B. Hungersnoth, in die ich gerathen würde,

Die Freyheit nicht, welche zu einer rechtmäßigen StaatsHandlung gehöret. Der Staat findet sich hier in einer Lage, wie ein zum Tode

wenn ich nicht bey einer fehlgeschlagenen Ernte Lebensmittel um einen obgleich hohen Preis einkaufte) kommt hier nicht in Betrachtung. Das angedrohte Uebel aber ist entweder rechtmäßig, oder nicht. Im ersten Falle (z. B. wenn jemand seine gerechte Schuldforderung mit Gewalt eintriebe) ist das Versprechen nur gültig durch eine schon vorher gewesene RechtsPflicht. Selbst die Modification, die der bedrohte Schuldner allenfalls hinzufügen möchte, z. B. bey der Zahlung gewisse Termine einzuhalten, wird nur mittelst der für sich schon feststehenden HauptPflicht zur RechtsVerbindlichkeit. Setzen wir aber ein unrechtmäßig gedrohtes Uebel; so kann der Bedrohte es durch Gewalt oder Klugheit abwenden, oder nicht. Im ersten Falle ist die Willkür äußerlich nicht genöthiget, und folglich frey. Nur im zweyten verliert sie die äußere Freyheit, das Uebel betreffe nun die gänzliche Zerstörung, oder eine unannehmliche Lage der Existenz. Vergeblich wäre es, hier

Tode Verurtheilter, welchem man die Wahl läßt, welches Todes er sterben wolle. Wenn dieser nun das Erschießen dem Erhängen vor-

Grade bestimmen wollen. Unabhängigkeit von jedem unrechtmässig gedrohten unabwendbaren Uebel, oder ZwangsFreyheit ist also genau bestimmt jene Freyheit, die zur Gültigkeit eines Vertrages gehöret. Denn wenn die Möglichkeit äußerer Freyheit das Wesen des Rechts ausmacht; so ist jeder Zwang, der nicht selbst zur Erhaltung dieser Möglichkeit gebraucht wird, ein Unrecht, und kann folglich nie ein Recht begründen. Dieß gilt auch dann noch, wenn der Drohende glaubt Recht zu haben, wogegen der Bedrohte einer andern Ueberzeugung ist. Denn da dieser in sich die wesentliche Bedingung des Rechts vermisst; so kann er auch durch einen angehöthigten Vertrag keine rechtliche Verbindlichkeit auf sich nehmen wollen.

Nach dieser Erklärung muß ich bekennen, die philosophische Bestimmtheit zu vermissen, wenn Maafs die zur Gültigkeit des Versprechens gehörige Freyheit auf den

vorziehet; so kann ich wohl sagen, die Bestimmung der TodesArt hange von der Gewalt desselben ab: aber diese Gewalt ist etwas ganz
anderes,

Fall beschränket, daß es nicht bloß und allein durch physische Gewalt erzwungen seyn müsse; und wenn der Recensent desselben in der allgemeinen LiteraturZeitung 1798. Nov. N. 333. Col. 307. dieser Maafsischen Erklärung seinen Beyfall gibt, und gar noch hinzusetzet: „Alsdann ist das Versprechen völlig gültig, wenn der Versprechende nur in so fern gezwungen wurde, als er, um einem angedrohten Uebel zu entgehen, das Versprechen that, so, daß es ihm immer noch physisch möglich blieb, das Versprechen zu verweigern, wenn er sich dem Uebel unterziehen wollte.“ Einen absoluten Zwang, der mich schlechterdings hinderte, mich einem angedrohten Uebel zu unterziehen, kann es bey keinem Versprechen geben. Da müßte gar die innere Freyheit aufhören; und doch ist diese jedem Versprechen so negativ nothwendig, als ein nur und allein durch physische Gewalt erzwungenes Versprechen ein Wi-

anderes, als die Gewalt über sein Leben. Ein Reisender findet sich in den Händen der Eroberer auf den Strassen. Gesezt, diese liefsen demselben aus unerhörter Großmuth die Wahl, ob er seine Börse oder seine Uhr hergeben wolle. Die Uebergabe der Börse hängt nun von seiner Gewalt ab, aber nicht von der Gewalt über sein Eigenthum. Er gibt, was sein ist, aber nicht als das Seine. Ein Seeräuber fordert einem Vater eines seiner Kinder ab. Nach langem Kampfe bestimmt dieser, um nicht alle zu verlieren, den Aeltesten zum Loose eines Sklaven. Das Schickfal dieses Sohnes hängt von der Gewalt des

derspruch wäre. Das angedrohte Uebel ist daher immer nur relativ, oder die äußere Freyheit bis auf einen gewissen Grad zwängend. Mafs und sein Recens. müßten daher jedes erzwungene Versprechen für gültig erklären, was sie doch vermöge ihres einschränkenden so ferne — und nicht bloß und allein selbst nicht wollen. So sehr wird auch hier die innere Freyheit mit der äußern verwechselt.

des Vaters ab, aber nicht von der väterlichen Gewalt. Im ganzen Bezirke derselben ist keine Stelle für diese Handlung. Die Maxime, welche der Vater bey dieser Wahl befolget, mag nun in die Neigungen, welche er für seine Kinder stärker oder schwächer fühlet, oder in die Moral einschlagen, welche ihn dahin bestimmet, wo der wenigste Schade heraus kommt: rechtlich ist sie in keinem Falle. Die Anwendung machet sich von selbst. Aus der StaatsGewalt als solcher läßt sich im vorgelegten Falle kein Gesetz herüber hohlen, um ihn darnach zu entscheiden. Diese, wie wir oben zu Genüge sahen, kennet kein AufopferungsRecht. Träte aber je dieser Fall ein; so hätten sich die Stimmführer des Staates nicht nach einem Rechte umzusehen, sondern sie müßten aus dem Kreise der Rechte heraus schreiten, um als Menschen bey der moralischen Klugheit sich Rath zu hohlen. Doch wozu alle diese Casuistik, welche, ganz metaphysisch, auf diese Welt nicht passet? See- und StraßsenRäuber und Eroberer nehmen,

was sie können, ohne etwas der Willkür ihrer Opfer zu überlassen. Die letzteren bestimmen die Provinzen, welche sich am besten zur Ausründung ihrer Länder schicken, sehr genau. So machet es nun Frankreich. Warum verlieren wir uns in Erdichtungen, da uns die Geschichte so nahe lieget? Doch wohl nicht, um den Gesichtspunct zu verrücken, aus welchem wir die wirkliche Sache ansehen sollen?

Er thut nun den zweyten Schritt, und hält sich an die wirkliche Sache. — „Verlanget aber der Feind selbst gewisse Reichs-
 „Länder, als die einzige Bedingung des Friedens, saget er, so wird nun allerdings jene
 „Wahl in so fern beschränket, als es jetzt
 „nicht mehr von der Willkür des Reiches
 „abhängt, diejenigen Personen zu bestimmen,
 „deren Rechte und Länder dem Feinde unmittelbar sollen abgetreten werden: warum aber sollte jetzt nicht dem Reiche
 „zustehen, diejenigen Personen zu wählen,
 die

„die mittelbar dem Feinde sollen aufge-
 „opfert werden, d. h. zur Entschädigung der-
 „jenigen, die zunächst durch den Feind leiden
 „müssen? Auf diese Wahl hat die bemerkte
 „Forderung des Feindes keinen Einfluss, und
 „die Natur der Sache bringet es mit sich,
 „ein Recht nicht für aufgehoben zu achten,
 „wenn es nur in gewisser Hinsicht einge-
 „schränket, oder modificirt wird.“

Ich habe diese Stelle nochmahls einzeln *ad 2.*
 und wörtlich gegeben. In ihr lieget die
 Hauptkraft des Arguments, und ihre Structur
 ist gar wunderbar. Sonderbar, dafs er den
 wirklichen Fall, — d. h. die Entschädigung welt-
 licher Fürsten, deren Lande der Feind gerade-
 zu nimmt, mit Landen geistlicher Fürsten —
 für eben denselben hält, welchen er vorher
 erdichtet gab, nur durch Modification von
 demselben unterschieden. Ob ich etwas mit-
 telbar oder unmittelbar thue, ist auf
 der Wagschale des Rechtes wie der Moral
 nur Eine Handlung. Diefs saget er uns durch
 diese

diese Distinction, welche aber kaum unglücklicher zur Verwirrung der Begriffe gebraucht werden könnte. Gerade das mittelbare Hingeben geistlicher Länder an den Feind machet den wirklichen Fall ~~folo~~ ^{tot} genere von dem erdichteten verschieden. Dann nur läuft es mit dem Mittelbar und Unmittelbar auf Eins hinaus, wenn jenes diesem zu Einem Zwecke untergeordnet ist. Hier sind aber zwey heterogene und zu keinem Zwecke verbundene Handlungen. Ein anderes ist die Befriedigung des Feindes, wieder ein anderes die Befriedigung der vom Feinde beschädigten Fürsten. Die erste ist schlechterdings nothwendig, ohne die zweyte nothwendig zu machen. Diese hängt ganz von der Willkür des Reiches ab, ohne daß der Nothfall, welcher bey der ersten Statt hat, im geringsten sich hierher erstreckte. Bey der ersten verhält sich das Reich leidend. Die StaatsGewalt handelt da gar nicht als solche. Sie gestehet nur ihr Unvermögen, dem Willen des Feindes entgegen zu handeln. Bey der zweyten

zweyten thut sie einen ganz freyen Schritt, und sie masset sich an, als StaatsGewalt zu handeln. Bey der ersten hat kein Gesetz Statt; bey der zweyten tritt das Gesetz ein, kein Glied der Gesellschaft dem Ganzen zu opfern. Allein Hrn. Weisse lag daran, diese Verschiedenheiten zu verbergen, die Begriffe zu verwirren, und beyde Handlungsweisen uns für Einerley in rechtlicher Hinsicht nehmen zu lassen. Die letzte Handlungsweise, ob sie gleich ganz frey und ausser allem Nothfalle lieget, mußte unter die erste, welche mehr Leidenheit als Handlung ist, und dem Nothfalle angehöret, untergeschoben werden. Wie hätte er denn sonst die EntschädigungsHandlung unter sein nur im Nothfalle gelten sollendes Princip der Potestas eminens subsumiren können? Da es ihm aber zu unbequem war, sie unterzuschieben, mußte er die erste erweitern, und ihr den Anstrich der zweyten geben, das heisst, sie als eine völlig freye StaatsHandlung vorstellig machen. Um aber dieß zu Stande zu bringen, ließ er schon

schon auf die erste das Zwitterlicht einer
 freyen rechtlichen StaatsHandlung fallen, in-
 dem er beyde unter das optische Glas des
 oben erdichteten Falles setzte, und den wahren
 Fall mit dem erdichteten für Eines nahm, so
 sehr auch beyde aus einander liegen. Der
 erdichtete enthält zwey disjunctiv zusammen-
 gehörende Partieen, der wahre zwey copu-
 lativ und dazu willkürlich an einander ge-
 reihte. In dem erdichteten ist das Handeln
 zwar in Ansehung des Objectes, aber an und
 für sich nicht zwangsfrey, und deßwegen
 kann es nicht als rechtliche GewaltsHandlung
 betrachtet werden. Im wahren läßt der erste
 Punct weder an und für sich, noch in Hin-
 sicht des Objectes ZwangsFreyheit zu : an
 eine Handlung der StaatsGewalt als eine
 solche ist nicht dabey zu denken. Unter-
 dessen dünkete ihn der Zwitterschein von Zwang
 und Freyheit im erdichteten Falle sehr be-
 quem zu einer Verwirrung deselben mit dem
 geschichtlichen, wo sich auch eine Verbindung
 von Zwang und Willkür, obgleich von ganz
 an-

anderer Art findet, und deßwegen hielt er es auch für gut, den erdichteten gehörig vorzubereiten, und mit einem auf das Folgende voraus schießendem Blicke der darin vorkommenden Handlungsart den Schein von Rechtlichkeit zu geben, um diesen auf den zunächst untergestellten wahren herüber zu tragen, und alle Handlungen dieses letzten damit zu bekleiden.

Ich glaube, Licht genug beygebracht zu haben, um das falsche Licht der zwey ersten Partien der Weisseischen Argumentation zu zerstreuen. Bey solchen, welche ihr Auge halb verschließen, bedarf es wohl eines Lichtes, welches Andere blendet, um sie zur Noth sehen zu lassen, was sie sehen sollen. Auch ist es der Mühe werth, hier besonders den ManifesteKünstlern auf die Hände zu sehen, um zu bemerken, wie geschickt sie eine Sache der andern unterzufchieben wissen, und alle Griffe sophistischer Taschenspielerey verschwenden, um das Krumme gerade zu

machen, und uns zu überreden, der Schnee
 sey schwarz. Dieses Urtheil dürfte etwas
 hart scheinen; allein es hält auch schwer,
 diese Bemerkung zu unterdrücken, wenn man
 eben von der Beleuchtung einer Argumenta-
 tion, wie die gegenwärtige, weg ist, wo nicht
 nur der Gehalt, sondern auch die Form dem
 Freunde der Wahrheit auffallen muß. Hr.
 W. ist kurz wie ein Orakel, wo es darauf
 ankommt, die Sache aus einander zu setzen,
 und wenn er sich in Dunkel hüllet, erdreistet
 er sich, wie wenn seine Sache voll Evidenz
 wäre, fragend an das Urtheil des Lesers zu ap-
 pelliren: „Warum sollte jetzt nicht dem Reiche
 „zustehen, diejenigen Personen zu wählen,
 „die mittelbar dem Feinde sollten aufgeopfert,
 „d. h. zur Entschädigung sollten hingegeben
 „werden?“ Wozu rednerische Fragen, wo
 es um Klarheit und Erweis zu thun ist?
 Ungeheuer ist die Kluft zwischen jenem er-
 dichteten Falle und dem geschichtlichen,
 zwischen dem unmittelbaren Hingeben an den
 Feind und dem mittelbaren. Mit einem
 Sprunge

Sprunge waget sich Hr. W. hinüber, und sein längeres Verweilen bey unerheblicheren Stücken der Argumentation gleicht wieder dem Zulaufe, welchen er in seinem ganzen Werke machet, um über die ganze Rechtsfrage der Säkularisirung hinüber zu springen. So absprechend über euer Schicksal, ihr Hunderttausende in geistlichen Staaten, und über die politische Existenz eurer Generationen sitzt ein Professor zu Leipzig auf seinem MeisterStuhle! Wohl euch, daß das Werde solcher Genie's, mehr zerstörend, als schöpferisch, nur hohl tönet: mit einem — Warum nicht? wäre schon jetzt statt des Krummstabes der KorporalStock euer Regent. Nur ihr seyd es, welche er zur Entschädigung der weltlichen Fürsten vertheilt wissen will. Höret doch, warum sein unerwiesenes EntschädigungsRecht nur auf eure Kosten ausgeübt werden soll.

In geistlichen Staaten, saget er, komme bloß Einem ein wohl erworbenes Recht auf LandesHoheit zu, hingegen in weltlichen Staaten

Staaten stehe der gesammten fürstlichen Familie eine Art von MitEigenthum und ein durch Gesetze und Verträge bestimmtes Erb-Recht zu. Wenn also die weltlichen Staaten zur Entschädigung hingegeben würden, wäre der Nachtheil gröfser, als wenn geistliche Länder dazu verbraucht würden.

Setzen wir, es sey hier nur von Rechtsverletzungen die Rede; so hat Hr. Weifs seinen Maßstab viel zu kurz genommen. Es müßte nicht nur auf Personen gesehen werden, welche ein Recht auf die Regierung haben, sondern noch mehr auf die Unterthanen, welche nicht nur ein wohl erworbenes, sondern auch ein natürliches Recht haben, in ihrer Verfassung zu bleiben, und sich einer neuen Reglerung, welche man ihnen aufdringen will, und die gewisse rechtliche Nachtheile mit sich führet, zu widersetzen. Allein wenn in ErbStaaten die Familien ein gewisses Recht auf den Thron haben; gibt es denn nicht auch in WahlStaaten Familien, welche
auch

auch eine Art von Recht auf FürstenStühle haben? Sollte aber auf Völker, um deren Willen FürstenStühle stehen, vor allem gesehen werden, warum übergehet denn Hr. W. sie hier ganz? Unbekannt war es ihm nicht, daß in ErbStaaten die standesmäßige Erhaltung des Regenten und seiner Familie bey weitem mehr koste, als die Erhaltung eines geistlichen Fürsten. Auch wufste er sehr wohl, daß ~~er~~ die Regierungen geistlicher Fürsten durch die Domkapitel und derselben Capitulationen bey neuen FürstenWahlen wohlthätige Schranken haben, da hingegen mehrere weltliche Fürsten eine Ungebundenheit genießen, welche den Unterthanen nicht das größte Glück verspricht. Das alles wufste er: aber hier, wo die Rede von der Ausgleichung der RechtsNachtheile war, schweiget er ganz stille. Nur nachdem er hier den Prozeß der weltlichen Fürsten wider geistliche gewonnen zu haben glaubet, gedenket er erst spät im dritten Abschnitte seines Buches dieser erheblichen Umstände. Nur nachdem

er weltliche Fürsten auf BischofsStühle gesetzt hat, nimmt er es auf sich, sie so bequem, als möglich zu setzen, und da fällt ihm zu rechter Zeit ein (S. 189), der standesmäßige Unterhalt weltlicher Fürsten fordere der Familie wegen einen größeren Aufwand, als der eines geistlichen, und machet darum den Vorschlag, auch die DomherrnPfründen zum Vortheile des neuen Fürsten bey der Säkularisirung einzuziehen. S. 180 gedenket er der Beforgniß, daß die Freyheiten und Rechte der Stände und Unterthanen durch die Säkularisirung einen tödtlichen Stoß erleiden dürfte, indem selbst zu Folge des eben gemachten Vorschlages die Domkapitel, welche doch die geistliche Regierung durch ihre WahlCapitulationen und Landesstandschaft beschränkten, wegfielen. Ob er gleich den Wunsch hier äußert, man möchte in solchen Ländern durch das künftige Friedens-Instrument der landesherrlichen Gewalt gewisse Grenzen setzen; so hätte er doch so viel sehen sollen, daß ein solcher Wunsch viel zu schwach sey,

sey, um gehört zu werden, und würde er auch ausgeführt, viel zu unkräftig, als daß mächtige weltliche Fürsten die Schranken, welche man ihnen setzte, so achteten, als nun kleinere geistliche Fürsten sie achten müssen, und zu achten geneigter sind. Noch verdienstlicher als dieser Wunsch wäre es für Hrn. Weisse gewesen, wenn er schon bey der Frage: ob geistliche Länder eher, als weltliche, zur Entschädigung hergegeben werden sollten? diese Umstände erwähnt hätte, wo ihm dann kaum die Bemerkung entgangen wäre, daß weltliche Staaten, schon an eine köstlichere und ungebundere FürstenRegierung gewöhnt, bey einem neuen weltlichen Fürsten in gleicher Lage blieben, da hingegen die Unterthanen geistlicher Fürsten bey ihrer neuen Lage sehr viel verlieren würden. Allein seine Sache war es nun einmahl nicht, für die Rechte der Völker zu schreiben.

Unterdessen freuet es mich doch, daß ihm das Geständniß entwischt ist, die Unter-
thanen

thanen geistlicher Staaten hätten, wenigstens dieser zwey äußerst erheblichen Puncte wegen, ein weit glücklicheres Loos, als die Unterthanen vieler weltlichen Staaten. Noch weit mehrere würde er bey weiterem Nachdenken gefunden haben. So viel räumt er nur ein S. 160, daß gegen die Behauptung, die Verfassung der weltlichen ReichsLänder habe unlängbare Vorzüge vor jener der geistlichen, noch manche Zweifel könnten erregt werden; ein Geständniß, welches ihn unter so vielen leidenschaftlichen Verleumdern geistlicher Staaten immer noch vortheilhaft auszeichnet, und ihm noch mehr Ehre gebracht hätte, wäre es ihm beliebig gewesen, sich näher darauf einzulassen. Allein er weist alle nähere Untersuchung darüber vor der Hand weg, weil sie ihn zu sehr von seinem Zwecke abführe. Sonderbar! Ich dachte, sie gehöre gerade zu seinem Zwecke, welcher kein anderer ist, als hier auszumachen, welche Länder mit den wenigsten Schwierigkeiten und Nachtheilen abgetreten werden können

können; wobey die glücklichere oder unglücklichere Verfassung der Staaten gewifs in Betrachtung kommet. Wäget er die Vortheile und Nachtheile der Fürsten auf der Goldwage, warum wollte er das Wohl und Wehe der Völker, ihre Beforgnisse und Hoffnungen, und ihre Anhänglichkeit an eine Verfassung, wobey sie sich glücklich fühlten, und worauf sie die heiligsten Ansprüche haben, nicht eines flüchtigen Anblickes würdigen?

Aufser dem, dafs er es für vortheilhafter hält, geistliche Länder zur Entschädigung zu biethen, glaubet er auch, es sey nicht so vieler Schwierigkeit unterworfen, als das Biethen weltlicher Fürstenthümer. Die geistlichen Fürsten, meint er, aus dem niederen Adel gewählt, und durch FamilienVerbindungen weniger mächtig, würden nicht so viele Bewegungen machen können, ihre Länder zu behaupten, oder wieder zu erlangen, als die weltlichen Fürsten. Mag's doch! aber welchen Widerstand würden wohl kleinere Für-

sten Häuser den mächtigeren Häusern Deutschlands entgegen setzen? Die Verwandtschaft mit einem hohen Hause, bedeutet sie denn etwas auf der Wagchale der Politik? Und wenn man doch in dem einen Falle Unruhen besorget, warum besorget man sie nicht auch in dem andern? Die geistlichen Staaten, aus ihren Fugen gerissen, werden sie nicht Deutschland erschüttern? Wird nicht der Same der Zwietracht unter die theilenden Höfe auf Jahrhunderte ausgestreuet? Werden, wenn auch Bischöfe ihre Entsetzung mit stiller Ergebung ertragen, nicht die gemißshandelten Unterthanen, ungeduldig gegen den ungewohnten Druck militärischer Verfassungen, das Joch, welches man ihnen aufdrückt, abzuschütteln geneigt, und empfänglicher für Grundsätze seyn, welche von Frankreich herwehen, und auf dem Boden der Unzufriedenheit ihre beste Pflege erhalten? Hr. Weisse hat doch fast immer nur die Fürsten, nie die Völker im Auge.

III. Hrn. Dr. Weisse's Auflösung der Einwürfe, welche sich gegen seinen SäcularisirungsGrundsatz und dessen Anwendung machen lassen.

Hr. Weisse nimmt bey den Einwürfen, welche er sich selbst machet und auflöset, besondere Rücksicht auf den Verfasser der „freymüthigen Gedanken über die Säcularisirung der geistlichen WahlStaaten Deutschlands,“ S. 159. ein Beweis, daß die Gründe dieses Schriftstellers bey den Freunden der Säcularisirung Aufsehen machten. Hr. W. hat ihm bereits seine Theorie entgegen gesetzt, und nun wendet er sie noch besonders auf die Gründe desfeiben an, um diese aus seinem Gesichtspuncte zu widerlegen. Betrachten wir also Hrn. W. nun als Polemiker noch etliche Augenblicke!

I. Die Rechte geistlicher Fürsten sind eben so heilig, als die der weltlichen, — hatte der Verf. der freymüthigen Gedanken gesagt.

Allerdings, antwortet Hr. W. — in dem gewöhnlichen Zustande des Rechtes, aber bey so außerordentlichen Umständen, von denen da die Rede ist, und wo erworbene Rechte für das Ganze hingegeben werden müssen, kann nur die Frage davon seyn, ob dieses Unglück die geistlichen oder weltlichen Fürsten treffen soll: eine Frage, welche nur durch die StaatsKlugheit entschieden und gerechtfertiget werden kann.

Man siehet beyläufig hieraus, wie sehr Hr. W. die gewöhnliche StaatsGewalt, nach welcher er dem Verf. der freym. Ged. alles einräumet, durch außerordentliche Umstände zur Potestas eminens erhöht, als einen neuen Triumph den Gegnern der Säcularisirung entgegen setzet. — Ich darf aber kühn auf meine Widerlegung verweisen.

2. Der Verf. der freym. Ged. hatte gesagt: „Obgleich der Zweck einer jeden Verfassung, und insbesondere auch der deutschen, „Er-

„Erhaltung der Rechte und des Eigenthumes
 „im strengsten Sinne dieser Worte sey; so liege
 „doch in keiner eine solche Sicherheit der
 „Rechte und des Eigenthumes, daß auf den
 „Fall, da ein Mitglied des Staates durch einen
 „unglücklichen Zufall an dem einen oder dem
 „andern einen Verlust erlitten hat, alle übrige
 „Staatsbürger die natürliche und absolute Ver-
 „bindlichkeit hätten, diesen Verlust zu ersetzen.
 „Vielmehr müsse jedes Mitglied des Staates
 „den erlittenen zufälligen Schaden selbst tra-
 „gen, und es habe kein absolutes, sondern
 „allenfalls nur hypothetisches, auf gewissen
 „Voraussetzungen, z. B. auf einer besondern
 „Convention beruhendes Recht, von den
 „übrigen Bürgern Ersatz für seinen durch un-
 „vermeidlichen Zufall erlittenen Schaden zu
 „fordern.“

Hr. W. antwortet darauf: „Zufall kann es
 „allerdings genennet werden, daß der Feind
 „diese oder jene Länder fordert. Ist es aber
 „auch Zufall, daß diese ihm wirklich eingeräumt

„wer-

„werden? Ist es nicht vielmehr eine Wirkung
 „des freyen Entschlusses der höchsten Gewalt,
 „zur Abwendung eines grösseren Uebels ein
 „kleineres vorzuziehen?“ Ganz einstimmig
 mit seiner Theorie machet hier Hr. W. die
 Sache des Zufalles, oder vielmehr der Nöthigung,
 zu einer Wirkung des freyen Entschlusses
 der höchsten Gewalt. Hat der deutsche Staat
 noch Kräfte, sich dem Feinde zu widersetzen;
 so ist es Pflicht, sie zu gebrauchen. Hat er
 sie nicht, dann ist sein Entschluß, zur Ab-
 wendung eines grösseren Uebels ein kleineres
 vorzuziehen, so frey, als der Entschluß des
 Wanderers, welcher es für besser hält, sein
 Geld, als sein Leben, dem Räuber zu geben.
 Absolute WillensFreyheit, wie sie zu morali-
 schen Handlungen gehöret, haben beyde, aber
 nicht die ZwangsFreyheit, welche zu recht-
 lichen Handlungen gefordert wird. Sonst würde
 der Strafsenräuber das abgenöthigte Geld mit
 Recht besitzen. Beyde Arten der Freyheit
 mischet Hr. W. hier durch einander, und dieser
 Fehler beschlich ihn schon bey Aufstellung
 seines

seines Beweises für die Rechtmäßigkeit der Säkularisirung, dessen Widerlegung auch hier ihre Dienste thut. Eben daher widerleget sich auch, was Hr. W. noch weiter hinzu setzt.

„Doch gesetzt auch, es wäre Zufall, und es

„liesse sich daher keine natürliche Verbind-

„lichkeit des Reiches zum SchadenErsatze

„erweisen; so ist doch davon die Frage ganz

„unabhängig: ob nicht das Reich befugt

„sey, statt des durch den Zufall bestimmten

„Opfers, eine andere Person auszuwählen, deren

„Schaden mit weniger Nachtheil für das Ganze

„verbunden ist? Wollte man das Gegentheil

„annehmen; so müßte man behaupten, daß

„sich die höchste StaatsGewalt mehr durch

„blinden Zufall, als durch StaatsZweck sollte

„leiten lassen.“ Ueberall siehet hier der schon

widerlegte Irrthum hervor. Falsch ist es, daß

die StaatsGewalt ein dem Ganzen weniger

schädliches Opfer statt des durch Zufall be-

stimmten hinzugeben berechtigt sey, und zu-

gleich eine Verdrehung. Dem Staate ist nicht

die Wahl gelassen, welches Opfer er dem

Feinde

Feinde hingeben wolle: nur dem Opfer soll wieder ein EntschädigungsOpfer gebracht werden. Ganz falsch ist es, dafs, wenn der Staat nicht so zu Werke gehe, er sich mehr durch blinden Zufall, als durch StaatsZweck leiten lasse. In Ansehung der Länder, welche der Feind fordert, hat der Staat die nöthige Freyheit nicht, um nach dem StaatsZwecke zu handeln, und in Ansehung der übrigen gibt es keinen Zufall, durch welchen das Reich könnte verleitet werden. Immer trägt sich doch Hr. W. mit einer Alternative!

3. Der Verf. der freym. Ged. hatte gesagt, dafs nie eine besondere Verbindlichkeit der geistlichen ReichsStände, sondern höchstens eine allgemeine des ganzen Reiches zum SchadenErsatze könnte erwiesen werden.

Hr. W. antwortet, dafs die Rechtmässigkeit der Säcularisirungen in gegenwärtigem Falle nicht aus der Verbindlichkeit des Reiches zum SchadenErsatze erwiesen werde, sondern aus dem Befugnisse des Reiches, unter-

den-

denjenigen Personen zu wählen, deren Rechte für das Ganze sollen aufgeopfert werden. — —
 Immer das *πρωτον ψευδος*.

4. Jede Veränderung der Regierung — hatte der Verf. der freym. Ged. behauptet — setzt die Einwilligung des Volkes voraus, und es darf daher den Unterthanen eines geistlichen Fürsten gegen ihren Willen kein weltlicher aufgedrungen werden.

Hr. W. beugte sich zwar etwas vor der Gewalt dieses Einwurfes; er nennet ihn stärker, als die vorigen: da aber kein Manifeste-Macher oder politischer Schriftsteller der Art gegen irgend einen Einwurf verlegen seyn darf; so nimmt er sich bald zusammen, und antwortet, wie folgt. — Erst ziehet er die Voraussetzung, daß die Unterthanen geistlicher Länder gegen die Säkularisirung seyn würden, in Zweifel, und behauptet, nur dann würde man von dieser Seite die Säkularisirung angreifen können, wenn sich die Unterthanen wirklich dagegen erklärten; im entgegen-

ge-

gesetzten Falle aber würde man wohl hier eben
 so gut ihre stillschweigende Einwilligung an-
 nehmen können, als sie der Verfasser der frey-
 müthigen Gedanken selbst und vor ihm meh-
 rere andere berühmte Publicisten bey derje-
 nigen Veränderung unserer StaatsVerfassung
 behaupten, durch welche die LandesHoheit
 der deutschen Fürsten entstanden ist.

Welche Forderungen! welche seltsamen
 Verwirrungen von Begriffen! Wie? Nur dann
 kann von der Unrechtmässigkeit der Säcula-
 risirungen von Seite der Nichteinstimmung
 der Unterthanen die Rede seyn, wenn diese
 sich positiv dagegen erklären? Dächte
 ich doch, da man den Unterthanen geistlicher
 Fürsten nicht bittweise eine andere Verfassung
 antragen will, so müsse es vor der Hand ge-
 nug seyn, das sie sich nicht dafür erklä-
 ren, um ihnen keine aufzudringen. Wag-
 te denn nicht, ohne positive Erklärung dafür,
 derjenige, der ihnen eine andere Verfassung
 aufdringen will, einen Schritt, welcher die
 heiligsten Rechte der Menschheit zu Boden
 träte?

träte? Wie sollen sie sich aber auch dagegen erklären? Durch ihre Schriftsteller? — Diese verdienen bey Hrn. W. keinen Glauben. — „Wenn man den neuesten Vertheidigern der geistlichen Staaten glauben will, sagt er S. 164; so sind alle Bürger derselben glückliche und freye Menschen, und müssen ihre Verfassung nicht nur lieben, sondern sogar anbethen: allein die Erfahrung dürfte wohl dieser Versicherung in vielen geistlichen Staaten widersprechen.“ — Etwas spöttisch, lieber Hr. Weisse! — — So übertrieben, wie Sie es thun, wird sich kein Vertheidiger geistlicher Staaten ausdrücken. In jedem Winkel der Erde gibt es Unglückliche und Unzufriedene. Kein Schriftsteller wird sagen, die Verfassung geistlicher Staaten sey von allen Mängeln frey; nur dieß dürfte mancher sagen, daß die geistlichen Staaten nicht Ursache haben, die weltlichen zu beneiden, und daß die weltlichen Fürsten erst Proben einer freyen und glücklichen RegierungsArt ablegen möchten, bevor sie daran gehen, uns eine zu geben. Nur dieß wird
man-

mancher sagen, daß die Unterthanen geistlicher Fürsten lange nicht die in Armuth und Sklaverey versunkenen Menschen sind, als wofür mancher Protestant, den Sartori über die Mängel geistlicher Staaten in der Hand, sie ausgeben möchte; daß Trotz alles Schreyens über Vernachlässigung der Armen-Polizey und der Erziehung, beydes in manchem geistlichen FürstenStaate besser bestellet ist, als in vielen protestantischen Ländern, und daß dort wenigstens der Soldat nicht bittelt. Daß werden sie nur gesagt haben, daß die Sklaven gefürsteter Bischöfe gar mitleidig der Freyheit anderer Staaten lächeln, wo der bischöfliche Fürst den Magen und die Haut-Bedeckung wie den Glauben symbolisirt. Wenn Sie dagegen sagen, die Erfahrung dürfte wohl dieser Versicherung in vielen geistlichen Staaten widersprechen; so sollten Sie doch diese Erfahrung zu Rathe ziehen, bevor Sie auf ein Vielleicht hin aus Ihrer Schreibstube ganzen Ländern eine politische Cur verordnen, und die PublicitätStimme wider dieselben verstärken

stärken helfen. Eine Reise in diese Gegenden würde Sie bald in den Stand setzen, ein richtiges Urtheil zu fällen. Die Seufzer des Volkes, dass man es bey seiner Verfassung lassen möge, der erklärteste Abscheu gegen Regierungen, deren Contributions- und Conscriptions-Systeme weder der Real- noch der Personal-Freyheit so zuträglich sind, als die seinige — werden Ihnen allenthalben entgegen kommen. Die Einsichtigeren werden ihnen zu erkennen geben, dass es weit vorzüglicher sey, seinen eigenen Fürsten in der Nähe zu haben, als von dem Statthalter eines fernen Hofes abhängen zu müssen; dass der SäcularisirungsGeist nicht nur extensive, sondern auch intensive zu wirken geneigt, gar bald nach allen Stiftungen, KirchenGütern, NaturalBesoldungen greifen, alles auf precäre GeldGehalte zurück führen, und überall ein HungerSystem organisiren, und dadurch die ohne dies sinkende Neigung zum geistlichen Stande, Religion und Erziehung, welche damit zusammen hangen, zu Grunde richten, und die Veredlung der Menschheit zurück

zurück drücken dürfte. Wollen Sie sich aber die Mühe nicht nehmen, die Erfahrung so weit zu hohlen, fragen Sie wenigstens jene Protestanten, die Gelegenheit dazu hatten, jene Reisenden, die mit verlängertem Gesichte und beschämender Bestürzung alles so ganz anders fanden, als sie geglaubt hatten, oder doch wenigstens jene protestantischen Schriftsteller, z. B. Brandes über die Folgen der französischen Revolution, die Ihnen weit vortheilhaftere Begriffe über den Werth geistlicher Verfassungen und über die daraus muthmaßlichen Gefinnungen des Volkes beybringen werden.

Also eine positive Erklärung gegen die Säkularisirung fordern Sie von Unterthanen katholischer Fürsten? Das Schweigen derselben erklären Sie für eine stillschweigende Einwilligung? — „Hat denn nicht auch der Verf. der freym. Ged., haben nicht andere Publicisten von der LandesHoheit deutscher Fürsten behauptet, sie gründe sich auf stillschweigende

gende

gende Einwilligung des Volkes?“ — Wie Sie doch so ganz verschiedene Arten des Schweigens verwechseln mögen! Etwas anderes ist das Schweigen bey allmählichen Veränderungen — Etwas anderes bey Revolutionen. Etwas anderes ist das Schweigen der Ruhe und Zufriedenheit, das Jahrhunderte dauert — — etwas anderes das Schweigen des Zwanges, der Verlegenheit, des Terrorismus. Nie herrschte tieferes Schweigen über Frankreich, als zur Zeit des Robespierre. — Es war das Schweigen des Leichenhofes, nur durch heimliche Seufzer unterbrochen. Wer hätte auch nur denken mögen, es sey das Zeichen der schweigenden Einwilligung, welches die Publicisten zur Gültigkeit einer Regierung fordern, und worauf sich auch die LandesHoheit deutscher Fürsten gründet? Wenn Sie also sehen werden, daß die bischöflichen Länder die Säcularisirung schweigend annehmen; so deuten Sie immerhin die Wirkung des Terrorismus für ein Merkzeichen des Beyfalles, und schmeicheln Sie sich, ein trefflicher Logiker zu seyn!!

Positiv sich gegen die Säcularisirung erklären sollen die Unterthanen katholischer Fürsten! Sollen sie etwa in Manifesten gegen eine solche Gewaltthätigkeit protestiren? Die Convenienz der Politik wird taub seyn gegen die Evidenz des Rechtes. Sollen sie ihre gerechten Forderungen durch Waffen unterstützen, ihre Felder der Verwüstung, ihre Häuser den Flammen überlassen, und ihr Blut in Strömen vergießen? — Die Bajonette, welche die Pohlen bändigten, werden schon schweigende Einwilligung verschaffen, und nöthigen Falls dürfte auch eine französische Säcularisations-Armee brüderlich die Beute theilen. Das Manifest gegen diese deutsche Vendée liegt schon auf diesen Fall bereit — gefertigt vom Hrn. Dr. Weisse S. 164. — „Gesetzt auch, daß jene Erklärung wirklich erfolgte; so würde doch noch immer die Frage übrig bleiben: ob nicht die Reichsgewalt berechtigt wäre, zur Erhaltung des Reiches die Rechte der Unterthanen so gut, wie die ihrer Fürsten aufzuopfern?“ (Ihm ist

ist das gar keine Frage mehr.) „Müssen sich
 „doch auch die Unterthanen weltlicher Für-
 „sten, über welche die Oberherrschaft an den
 „Feind abgetreten wird, dieses gefallen lassen,
 „wenn sie auch gleich hie und da ihren Wi-
 „derspruch laut genug an den Tag gelegt ha-
 „ben.“ Es hält schwer, hier zu sagen, ob die
 seltsame Verwirrung der erzwungenen Länder-
 Abtretung an den fordernden Feind und der frey-
 willigen Aufopferung geistlicher Länder zur Ent-
 schädigung der weltlichen Fürsten — oder das
 schaudernde — Müssen sich gefallen las-
 sen mehr zurück stoße. Der Gedanke, so
 viele deutsche Provinzen, welche noch ihre
 Arme nach dem gemeinsamen Vaterlande aus-
 strecken, sich entrissen sehen müssen, ist dem
 Deutschland ein schrecklicher Gedanke. Und
 sollte das gestümmelte Deutschland diese Jam-
 merScenen in seinem Inneren wenigstens in so
 weit erneuern, als es ganze Provinzen von ih-
 rem Fürsten und ihrer Verfassung getrennet,
 einer verabscheuten Regierung unterjochte? —
 Sie müssen sich's gefallen lassen, ein

Opfer für die Erhaltung des Reiches, — das heißt, für die Vergrößerung etlicher Fürsten-Häuser zu werden! — Man lege also den Finger auf den Mund, zumahl „es noch mit „der deutschen StaatsVerfassung die besondere „Bewandtniß hat, daß manche Grundsätze des „allgemeinen StaatsRechtes deßhalb keine un- „bedingte Anwendung auf sie leiden, weil „Deutschland ein zusammen gesetzter Staats- „Körper ist, und daher die innere Verfassung „der deutschen Staaten nicht bloß durch „GrundVerträge zwischen den Fürsten und „Bürgern ihres Staates, sondern auch durch „Vorschriften der höchsten ReichsGewalt be- „stimmt werden kann, wovon uns die Ge- „schichte mehrere Beyspiele darbiethet.“ S. 165. Wie sich Hr. W. hier auf Geschichte berufen möge, verstehe ich um so weniger, weil es in der ganzen Geschichte keinen ähnlichen Fall gibt, und weil er S. 156 selbst Verzicht darauf that. Was aber das allgemeine Staats-Recht und die Natur der Sache betrifft, worauf er sich nur einläßt, und auch nur einlassen kann,

kann, da haben wir wohl oben gesehen, daß auch die deutsche Verfassung die Potestas eminens nicht verstattet, — und folglich bey derselben keine Ausnahmen von den allgemeinen Gesetzen der StaatsGesellschaft eintreten. In keinem Staate darf ein Unterthan aus irgend einer Ursache aufgeopfert werden. Die zusammen gesetzte Verfassung Deutschlands vermindert das Verbrechen nicht: sie vergrößert den Hochverrath gegen die Menschheit, weil Fürsten und ihre Staaten geopfert werden.

5. Der Verf. der freym. Ged. hat aber noch einen Grund gegen die Säcularisirung aufgebracht, welcher Hrn. W. die Einkehr bey der Potestas eminens ganz versperret, — — daß nämlich die Säcularisirung geistlicher Reichs-Länder den gänzlichen Umsturz der Reichs-Verfassung nach sich ziehen könnte. Dieser Gesichtspunct, bekennet Hr. Weiske, ist äußerst wichtig in politischer und rechtlicher Hinsicht, weil die ReichsGewalt nicht berechtiget seyn würde, die Basis der Säcularisirung

festzusetzen, wenn jene Vermuthung durch die Wahrscheinlichkeit gerechtfertiget würde.
S. 165.

Es versteht sich, daß Hr. W. diese Vermuthung gar nicht wahrscheinlich findet. Hatte jener seine Vermuthung darauf gegründet, daß das ohne dieß sehr geschwächte kaiserliche Ansehen, wenn es die Stütze geistlicher Fürsten verlöre, ganz sinken würde; so antwortet Hr. W. hierauf Allerley, unter andern dieß, daß das kaiserliche Ansehen wohl bey ReichsGeschäften, die auf den Versammlungen der Stände erlediget werden, aber desto weniger im Kriege Unterstützung von den geistlichen Fürsten erhalte. Es scheint, Hr. W. kennet die ungeheuern Lieferungen und Unterstützungen jeder Art, welche im Laufe dieses Krieges die kaiserlichen Armeen aus geistlichen Staaten zogen, ganz und gar nicht. Hatte jener behauptet, der Sturz der geistlichen Staaten werde allmählich auch den der weltlichen nach sich ziehen, weil der Schritt von einer Ungerechtigkeit zu einer andern ähnlichen

sehr

sehr leicht sey; so antwortet er sehr kurz und mit einem Scheine logischer Bündigkeit, daß dies eben der Streitpunct sey, der zuvörderst entschieden werden müsse, ob es eine Ungerechtigkeit sey, wenn das Reich zur Erkaufung eines nothwendigen Friedens einige geistliche Staaten in weltliche verwandelt. S. 166.

Ohne hier die Verdrehung zu rügen, wodurch die Entschädigung in eine Erkaufung des Friedens verwandelt wird, bemerke ich nur, daß der Verf. der freym. Ged. die Ungerechtigkeit erwiesen hatte, und sicher sich da keiner Petitio principii schuldig machte; daß alle Gründe desselben durch die Seichtigkeit der Weisseischen Widerlegung mit doppelter Stärke erwachen; daß die Potestas eminens und alle Sophistereyen der Welt das schreyende Unrecht der Säkularisirung nie ersticken werden. Der gerade MenschenSinn greift es mit Händen. — Der Feind plündert einige Häuser der Stadt. Wollte nun der Magistrat die beschädigten ansehnlicheren Bürger durch ärmere entschädigen lassen: wen
be-

begriffe das Unrecht nicht? Wollte^{er} in einer zum Theil abgebrannten Stadt zur Entschädigung etlicher Patricier, welche im Verdachte sind, das Feuer angelegt zu haben, die zu erst vom Löschen zurück giengen, und die Schuld tragen, daß ihre Palläste etwas durch's Feuer litten, etliche ärmere, kinderlose und gemeine Bürger, welche am längsten beym Löschen ausdauerten, nöthigen, ihre Häuser jenen zu überlassen, weil der einzelne Bürger der Erhaltung der ganzen Stadt aufgeopfert werden müsse; so würde jeder vor dieser monströsen Verkehrtheit alles Rechtes zurück schaudern.

Eine Ungerechtigkeit führet immer zu einer größeren. Die Schamlosigkeit stärket sich durch sich selbst. Die Politik übertrifft sich selbst mit jedem Tage. Jede Oeffnung, welche sie einmahl gemacht hat, öffnet sie immer weiter. Ist der Grenzstein des Herkommens einmahl gehoben, dann hält sie nichts mehr zurück. Die Säcularisirung ist ohne dieß der Apfel der Zwietracht, unter Deutschlands Fürsten geworfen. Das Schlimmste dabey ist noch,
daß

dafs so das Band zwischen Fürsten und ihren Unterthanen mit jedem Tage schwächer wird. Die allzu stark in die Augen des gemeinsten Menschen springenden Ungerechtigkeiten untergraben alle Ehrfurcht gegen Regenten und das wechselseitige Zutrauen, und zerstören den Gehorsam der gemeinen und die Amtstreue der edleren Bürger, erzeugen einen Geist der Intrike, der Falschheit, der Verrätherey, der Bestechlichkeit, der wie ein feines Gift aus den Cabinetten durch alle Klassen von Menschen schleicht. Die Geheimnisse des Staates finden keine treue Herzen, und die Gelder des Staates keine treue Hände mehr. Die besten Plane der Feldzüge mißglücken, unermessliche Schätze zerrinnen bey Eröffnung eines Krieges. Glück und Muth weichen von dem Heere, und Ordnung von den Finanzen. Die Unzufriedenheit willkürlich unterjochter, durch Kriege erschöpfter, durch Abgaben geplagter Unterthanen horchet auf die Stimme auswärtiger Verführer, welche nichts als Trennung wollen, um Alles sich zu unterwerfen, und

und das Maafs des menschlichen Elendes voll zu machen. Welche trübe Ausfichten! Das heisst doch wohl einen Theil zur Erhaltung des Ganzen aufopfern!!

Hr. Dr. Weifse, dieses Dringens und Treibens müde, will uns auf einmahl durch einen verdeckten Gang entwischen, welchen er sich für den Nothfall angebracht hat. — —

„Bey dieser ganzen Untersuchung haben wir voraus gesetzt, dass die Säcularisirung der Wahl des Reiches überlassen sey: es lässt sich auch denken, dass der Feind selbst die Säcularisirung zur Entschädigung derjenigen weltlichen Fürsten verlange, deren Länder ihm in dem Frieden überlassen worden, um sich desto sicherer den Besitz derselben zu erhalten; wie dieses bey den neuesten FriedensVerhandlungen zu Rastadt wirklich geschehen ist. Tritt dieser Fall ein; so bedarf das Verfahren des Reiches keine weitere Vertheidigung, weil alsdann die Rechtmässigkeit der Säcularisirung sogleich erwiesen ist, so bald die höchste Gewalt nach der Ueberzeugung handelt, dass ihr der Friede

zur

zur Erhaltung des Staates unentbehrlich sey.“
 Wäre dieß Letztere der Fall, dann handelte
 das Reich nicht mehr: der unabtreibliche
 Feind geböthe, und es gehorchte. Säcularisir-
 ung wäre äußerste Noth. Von Rechtmäßigkeit
 auf Seite des Reiches darf aber auch dann die
 Rede nicht weiter seyn, wie ich schon öfter
 erinnert habe, und Hr. Weisse hätte sich diese
 ganze Deduction ersparen können. Allein das
 Bewußtseyn, daß Säcularisirung nicht so wohl
 des Feindes, als gewisser Reichsglieder Ange-
 legenheit sey, leitete ihn bey seiner Schutz-
 Schrift für das Recht der Säcularisirung. Aber
 das Bewußtseyn der Schwäche seiner Beweise
 nöthigte ihn, seine Ausflucht zum Feinde zu
 nehmen. Betriebe nur der Feind die Säculari-
 sirung, dann dürften wohl die Fürsten, welche
 er mit geistlichen Ländern beschenken will,
 diese auf fremde Kosten hinaus laufende Frey-
 gebigkeit mehr als Länderraub fürchten.

Timeo Danaos & dona ferentes.

Dann wäre die Beforgniß des Verf. der freym.
 Ged. über den Umsturz des Reiches, welchen
 die

die Säcularifirung vorbereitete, nicht so ungegründet, als Hr. W. will; dann hätten wir zu fürchten, daß es den Franzosen nur darum zu thun sey, durch Verelendung deutscher Länder zur Einimpfung des RevolutionsGiftes vorzubereiten, wilde Gährungen in dieses friedliche Reich zu bringen, die OppositionsPartey gegen Oesterreich durch eine Zugabe von Ländern zu einem Grade von Macht zu heben, daß die herauskommende Balance in dem unklugen und nur auf Trennung und Theilung sinnenden Deutschlande mittelst eines Bündnisses ihrer Politik ein so leichtes Spiel machte, wie es die Beschaffenheit Griechenlandes den eroberungsfüchtigen Römern gemacht hatte; dann dürften die Verhandlungen zu Rastadt sich hauptsächlich damit abgeben, diese französische Einmischung von dem Innern Deutschlands wegzuhalten. Aber wie weit, wie schändlich weit müßte es dann auch mit den ersten Mächten Deutschlands gekommen seyn, wenn diese sich nicht einmahl die Wohlthaten der Franzosen verbitten dürften, nicht einmahl das Herz hätten,

so

so viel dagegen zu reden, als sie nun wenigstens für das Inselchen Biederich zu thun scheinen!

Wie beleidigend lächerlich ist es aber auch, der vernünftigen Welt so etwas zumuthen zu wollen! Was auch immer für ein Weg der französischen Politik in der Handhabung Deutschlands zuträglicher scheinen mag, — ob der, welcher grössere Massen von Ländern, aber zu einem todten Gleichgewichte verbindet, oder der, welcher die Provinzen in dem kleinen und zer splitterten Zustande, in welchem sie sind, zu erhalten strebet, wovon es denn der Erfolg seyn muß, daß sie die Verfassung der katholischen Geistlichkeit, welche sie anderwärts so heftig zerstören, eben so in Deutschland zu erhalten suchen, wie die französischen Könige die Protestanten in Deutschland, welche sie in Frankreich unterdrückten, in Schutz nahmen. — Welcher Weg von dieser Alternative zu dem einzigen Zwecke, an Deutschland einen schwachen Nachbarn zu haben, der ihnen keine Furcht, wohl aber Hoffnung gibt, sich auf seine Kosten noch erweitern zu können, der geheime Wunsch

Wunsch der Franzosen seyn mag; so ist so viel gewiss, daß sie nur in so fern auf Säcularisirung dringen, als die beschädigten Fürsten auf diese Weise entschädiget seyn wollen, und es durch geheime auf Kosten Deutschlands von deutschen Fürsten gemachte Verträge beschlossen ist, daß Frankreich die gehässige Säcularisirung betreibt, und unter der Form der ReichsEinwilligung seinen Alliirten Länder verschaffet, welche die verlorenen bey weitem überwiegen, und zu welchen durch einen rechtlichen Schein nicht zu gelangen war. Die Eröffnung, welche der Kaiser den geistlichen Churfürsten und Fürsten, auch übrigen Ständen durch seinen Directorial-Gesandten von Fahrenberg zu Regensburg den 10ten Febr. 1797 machen ließ, und die Hr. Weisse in seiner SäcularisationsGeschichte S. 147. mit anführet, dienet zur Bestätigung des eben Gesagten, noch mehr aber, was Hr. W. nicht anführet, die königl. preussische Gegenerklärung, welche gestand, daß von Säcularisirungen die Rede war, so fern das linke RheinUfer verloren ginge,

ginge, wo eine Entschädigung für die dabey leidenden Fürsten nothwendig würde.

Wir ersuchen also Hrn. Weisse, wieder in seine RechtsDeduction zurück zu kehren, welche er zu sehr durchlöchert finden muß, um sich darin halten zu können. Nichts, woraus er nur irgend ein Manifest für Säcularisirungen spinnen könnte, hat er freylich, als die Potestas eminens; und dieses Palladium ist ihm entrißen. Doch ungemeine Menschen verzagen nicht, neue Wege zu finden. Vielleicht schöpft er, oder irgend ein Anderer, ein SäcularisirungsManifest aus der Quelle, aus welcher ein berühmter Schriftsteller eine Vertheidigung des NegernHandels schrieb. Diese niedrige MenschenRace, eines Slawischen Ursprungs, leistet nicht so viel, als die edlere, die Celten, und darf auch daher nicht so viele rechtliche Ansprüche machen, als diese. Unfähiger, träger zum Nutzen und Frommen der Menschheit, welche hauptsächlich bey den Celten residiret, gleichviel beyzutragen, ist es ganz
recht,

recht, daß sie von diesen benützt, wohl gar genöthiget wird, mehr zu leisten, als sie außer dem leisten würde, das heißt, sich von diesen ihren edleren Brüdern erziehen zu lassen, und zur Vergütung ihrer Mühe denselben die niedrigeren Dienste zu leisten, welche zu sehr unter der Celtischen Würde find. Es ist daher billig und recht, daß man sie mit Gewalt ihren Familien entreisset, und da sie ohne das nicht viel Besseres zu thun wissen, zum Zuckerbaue verwendet, um den Caffee eines deutschen Professors zu veräußern, woraus denn so genialische Gedanken, wie selbst der gegenwärtige, desto reichlicher entspringen. Auf diese Weise helfen sie wenigstens indirecte zum Denk- und SchreibHandwerke; auch ein Verdienst für den, der keines höheren fähig ist.

Sehen Sie, lieber Hr. Weisse, das Princip wäre nun gefertiget, gewiß haltbarer, als das Ihrige von der Potestas eminens, und darum desto besser, weil es Sie über das genürende Recht ein wenig hinaus setzte, im Grunde auch mit dem Ihrigen in etwas verwandt.

Man

Man könnte es das Princip der Potestas eminentis der Celten nennen. Aber die Anwendung davon? Ich werde gleich dienen. Eben der Schriftsteller, woraus ich diese Idee schöpfte, weiß es genau, daß in süddeutschen Adern eine Menge Slawischen Blutes schon seit Karl's des Großen Zeit sich herum treibet, und die Ursache ist, daß diese Hälfte deutschen Stammes weniger edle Früchte trägt. Es ist also Pflicht, und folglich auch Recht, daß die Celten NordDeutschlands ihren HalbBrüdern zu Hülfe eilen, und die südliche Hälfte deutschen Stammes veredeln. Die Beymischung norddeutschen Blutes wird die Slawische ErbSünde nach und nach um vieles verbessern. Vor allem ist's aber Recht, daß sie sich so vieler Provinzen von SüdDeutschland, als möglich, bemächtigen. Und wenn diese auch den deutschen reinen Celten nie ganz gleich kommen werden; so bauen sie doch wenigstens die köstlichen deutschen Weine, um das Gehirn der NordDeutschen zu erwärmen, und die Leipziger BücherMesse noch einmahl so fruchtbar zu

machen. War es Recht, die Slawischen Pohlen durch Eroberung zu celtifiren: warum sollte man eben dieses Mittel, nur in einer sanfteren Versetzung, nicht auch für Deutschland selbst, erst für die geistlichen, dann auch für die weltlichen Länder anwenden!

Wie gefällt Ihnen, Theuerster! dieser Vorschlag? Ueberlegen Sie es nur einmahl recht! Es thut sich. — — „Es schmerzet mich sehr, das diese Ketzer den besten Theil Galliens inne haben — — nehmen wir ihn mit Gottes Hülfe weg“ — so sagte der fränkische Eroberer Clodwig, als er wider die Arianischen Visigothen zu Felde ziehen wollte. — — Kein Wort mehr! Sie verstehen mich.



Druckfehler.

- S. 9. Z. 9 von unt. statt kirchlichen lies k ä r g-
lichen.
- S. 11. Z. 5 v. unt. statt anzusehen lies einzu-
richten.
- S. 19. Z. 5 v. u. statt Ofens lies Affen.
- S. 58. Z. 5 v. ob. statt Geistes lies Griffes.
- S. 61. Z. 11 v. ob. statt Argumentationen lies
Argumentation.
- S. 62. Z. 14. v. oben statt Abwesenheit lies
Anwesenheit.
- S. 70. Z. 5 v. ob. statt solo lies t o t o.
- S. 78. Z. 10 v. unt. statt dürften lies dürfte.
- S. 92. Z. 12 v. ob. statt dafs lies das.
- S. 102. Z. 1 oben nach wollte setze er.
- S. 106. Z. v. ob. statt deutscher lies deutsche.
-

Berg, Franz,

Die Unrechtmäßigkeit der Saecularisierungen

Philalethopolis [i.e. Würzburg] 1799

J.publ.g. 835#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562232-9

VD18 14758237-001